

## Ä1 Präambel

Antragsteller\*in: Wahlprogrammänderungsgruppe KV Erfurt  
Beschlussdatum: 03.01.2021

### Text

Liebe Wählerinnen und Wähler,  
im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit, auch in Verantwortung für die Mitwelt. Das leitet uns. Und deshalb kämpfen wir für eine Welt, in der die natürlichen Lebensgrundlagen geachtet und bewahrt werden, für Gerechtigkeit und für eine starke, lebendige Demokratie. Hier in Thüringen – im grünen Herzen Deutschlands, mitten in Europa. 2020 war ein Jahr voller Herausforderungen. Die Pandemie hat uns gezeigt, wozu wir als Gesellschaft imstande sind. Wir haben eine große Welle der Solidarität und der Hilfsbereitschaft erlebt und kreative Lösungen gefunden. Innerhalb kürzester Zeit wurden mehrere Impfstoffe entwickelt. Diesen Mut und diese Entschlossenheit brauchen wir auch im täglichen Einsatz für Klimaschutz und Gerechtigkeit, für Demokratie und eine offene Gesellschaft. Wir wollen in einem Land leben, in dem wir das Klima schützen und neue Energien voranbringen, mit sauberem Wasser, guter Luft und vielfältiger Natur, weil Umwelt- und Artenschutz großgeschrieben werden. In einem Land, in dem umweltfreundliche Landwirtschaft und Natur Hand in Hand gehen und Tiere artgerecht gehalten werden. In einem Land, in dem die Menschen überall umweltfreundlich und bezahlbar mobil sein können. In einem Land, in dem Menschen mit grünen Ideen nachhaltig wirtschaften und schwarze Zahlen schreiben. In einem Land mit guter und vielfältiger Bildung für alle Kinder. In einem Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt sind und gleiche Chancen und Möglichkeiten haben. In einem Land, in dem alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion und Geschlechtsidentität – gut und gleichberechtigt leben können. In einem Land, in dem es passenden und bezahlbaren Wohnraum für Jung und Alt gibt und in dem gut ausgestattete Kinderkrippen und -gärten und gute Pflege für alle selbstverständlich sind. In einem Land, das 30 Jahre nach der friedlichen Revolution unsere Demokratie jeden Tag entschlossen und entschieden verteidigt. Dafür kämpfen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der kommenden Landtagswahl. Hier und jetzt für hier und morgen! Bei uns ist Verantwortung in guten Händen. Wir BÜNDNISGRÜNE haben in der Landesregierung gemeinsam mit Anja Siegesmund und Dirk Adams, unseren Spitzenkandidat\*innen für die Landtagswahl, viel für Thüringen erreicht. Klimaschutz ist endlich Gesetz. Durch gezielte Förderung der erneuerbaren Energien, der Elektromobilität und der Kommunen modernisieren wir das Land und machen es fit für die Zukunft. Wir haben das „Grüne Band“ mit rund 763 Kilometern an der ehemaligen innerdeutschen Grenze unter Schutz gestellt und somit ein einzigartiges Naturmonument geschaffen, das Geschichte lebendig und erfahrbar macht. Auf fünf Prozent der Waldflächen in Thüringen wird künftig die Säge ruhen, damit neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen entstehen. Und mit dem neuen Wassergesetz werden unsere Flüsse, Bäche und Seen sauberer sowie der Hochwasserschutz gestärkt. Mit klarer Haltung gegen Spaltung kämpfen wir gegen extreme Rechte und Rechtspopulismus und für zivilgesellschaftliches Engagement. Wir haben mehr Bürger\*innenbeteiligung ermöglicht und zum Maßstab unserer Entscheidungen gemacht. Wir haben dafür gesorgt, dass Jugendliche ab 16 Jahren nun auf kommunaler Ebene wählen dürfen. Und wir haben die Qualität in den Kitas verbessert, unter anderem durch mehr Personal für unsere Kinder. Gemeinsam mit Ihnen und mit Ihrer Unterstützung wollen wir Thüringen gestalten und weiter Verantwortung übernehmen. Lassen Sie uns zusammen für ein Thüringen eintreten, in dem ÖKOLOGIE und GERECHTIGKEIT, DEMOKRATIE und die OFFENE GESELLSCHAFT großgeschrieben werden – jetzt und für die Zukunft unserer Kinder und Enkel. **Dafür bitten wir Sie bei der Landtagswahl am 27. Oktober 2019 um Ihre Stimmen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## Begründung

Wir haben die Präambel etwas umformuliert, z.B. mit direkter Ansprache an die Wählerinnen & Wähler sowie den Passus mit Stadt und Land raus genommen, da wir finden, dass wir das nicht gleich in der Einleitung auf den Unterschied zwischen Stadt und Land hinweisen sollten, das kommt noch oft genug vor. Außerdem war uns noch wichtig, dass das Pandemie-Jahr 2020 erwähnt und drauf Bezug genommen wird.

**Ä10** Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Schützen, was uns am Leben erhält: Umwelt- und Klimaschutz)

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft und Finanzen  
Beschlussdatum: 03.01.2021

## Text

### Von Zeile 374 bis 380:

Spätestens die extreme Trockenheit in den vergangenen drei Jahren [Leerzeichen] hat uns die Folgen der Klimakrise deutlich vor Augen geführt. Das neue Jahrtausend ist zwar erst wenige Jahre alt, aber acht [prüfen!] der zehn wärmsten Jahre seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen wurden im letzten Jahrzehnt gemessen. Die globale Erhitzung Erwärmung kann auf absehbare Zeit nicht rückgängig gemacht werden, aber wir können sie zu verlangsamen und ihre Auswirkungen begrenzen Auswirkungen zu begrenzen. Es liegt also in unser aller Hand, das **Klima aktiv und verbindlich zu schützen**. Wir tragen

### Von Zeile 385 bis 389 löschen:

Thüringer Klimagesetz mit konkreten Klimazielen und Anpassungsstrategien beschlossen. Bis 2030 soll der Ausstoß von Treibhausgasen wie CO<sub>2</sub>, Methan und anderen, um 60 bis 70 Prozent und bis 2050 um bis zu 95 Prozent verringert werden. [bisherige Formulierung nicht korrekt] Erstmals gibt es damit Leitplanken für den aktiven Klimaschutz im Freistaat. Mit diesem Gesetz ist

### Von Zeile 391 bis 401:

Die darin verankerten Zielsetzungen sind jedoch kein ausreichender Beitrag zu globalen Klimaschutzanstrengungen und der Erfüllung des Pariser Vertrags. [Umstritten! ggf. anders formulieren, um Anspruch an Einhaltung der Klimaziele gerecht zu werden] Um Um dieser Rolle weiterhin gerecht zu werden und um neue wissenschaftliche Erkenntnisse, unter anderem aus dem IPCC-Report, einzubeziehen, müssen wir unsere Anstrengungen intensivieren. Deshalb brauchen brauchen wir eine Klimagesetznovelle mit dem Ziel von Treibhausgasneutralität und der bilanziell vollständigen Deckung von Thüringens Energiebedarf mit erneuerbaren Energien bis 2035. Dazu ist eine Nachschärfung des Reduktionsziels für 2030 notwendig. Über Sektorenkopplung soll in allen klimarelevanten Bereichen sichergestellt werden, dass dieses Ziel erreicht wird.

### Von Zeile 419 bis 421 einfügen:

viel zu tun, um auf die Folgen der Klimaveränderung vorbereitet zu sein: Essenziell sind für uns eine Forstwirtschaft mit einer naturnahen, klimaresilienten Waldnutzung, die die biologische Vielfalt und die Speicherung

### Von Zeile 425 bis 433:

klimaschutzrelevanten Bereichen – wie Mobilität und Landwirtschaft – einen grundlegenden Strukturwandel herbeiführen. Kurz: Wir wollen ökologische Landwirtschaft mit nachhaltiger Landnutzung und einer deutlich reduzierten Tierhaltung, die die Artenvielfalt bewahrt und die Böden schützt und Verkehr, der Mobilität auch ohne klima- und gesundheitsschädliche Emissionen ermöglicht. Kurz: Wir wollen, dass alle politischen Entscheidungen auch daran bemessen werden, ob sie gut für das Klima sind. Deshalb sollen Klimaneutralität und das Nachhaltigkeitsprinzip Nachhaltigkeitsprinzip als Staatsziele in die Thüringer Verfassung aufgenommen werden. [Achtung: Dopplung, vorne deshalb gestrichen; aktuellen Stand im Landtag beachten]

### Von Zeile 445 bis 447 einfügen:

werden wir die **Förderung für kommunale Klimaschutzprojekte** mit Klima Invest auszubauen. Städte und

Gemeinden erhalten mit einer Festbetragsförderung eine umfassende Erstberatung als Einstieg. Darauf aufbauend können konkrete

**Ä2** Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Die sozial-ökologische Transformation fortsetzen: Wirtschaft und Energie)

Antragsteller\*in: LAG Digitales & Medien  
Beschlussdatum: 17.12.2020

## Text

### **Von Zeile 362 bis 363 einfügen:**

Übertragungsbedarf mittels Hochspannungsfernleitungen senken und die Netzstabilität stärken.

Elektroautos sollen möglichst dann laden, wenn das Stromnetz Überschüsse bereit stellt. Dies ist ein Beispiel für Sektorkopplung.

## Begründung

Es geht hier auch darum, die Debatte nicht auf die "Smart-Meter" in Privathaushalten zu verengen und zu zeigen, dass für eine gelungene Energiewende viele Komponenten zusammen spielen müssen.

**Ä7** Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Sauber und bequem ans Ziel: Mobilität und Verkehr)

Antragsteller\*in: Reinhard Loos (KV Erfurt)

## Text

### **Von Zeile 95 bis 96 einfügen:**

Wir setzen uns für die schnellstmögliche Elektrifizierung der Mitte- Deutschland-Verbindung – möglichst noch vor 2028 für die gesamte Strecke zwischen Weimar und Gera – ein.

## Begründung

Es sollte deutlich werden, dass Teil-Lösungen hier nicht reichen. Derzeit führen die Lokwechsel bei den ICs zu einer Viertelstunde planmäßigem Aufenthalt in Gotha und außerdem zu häufigen Verspätungen. Es hilft nur weiter, wenn der Lokwechsel ganz entfällt.

**Ä8** Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Sauber und bequem ans Ziel: Mobilität und Verkehr)

Antragsteller\*in: Reinhard Loos (KV Erfurt)

## Text

### Von Zeile 155 bis 157:

für die letzten Meter zwischen Nahverkehrsanbindung und der eigenen Haustür. Daher wollen wir sie fördern ~~und Unternehmen, Vereine und Bürger\*innen weiter bei der Anschaffung von Lastenrädern finanziell unterstützen.~~ Damit dieser "kombinierte" Verkehr funktioniert, müssen die Beförderungsbedingungen der Verkehrsunternehmen die Mitnahme der kleinen Elektrofahrzeuge zulassen. Lastenfahrräder können eine wichtige Rolle für innerstädtische Transporte übernehmen; Unternehmen, Vereine und Bürger\*innen sollen daher weiter bei ihrer Anschaffung finanzielle Unterstützung erhalten.

## Begründung

- 1) Die Beförderungsbedingungen des VMT schließen derzeit die Mitnahme von E-Rollern aus, weil sie ein Versicherungskennzeichen haben.
- 2) Die Lastenfahrräder sollten nicht im selben Satz wie die kleinen E-Fahrzeuge genannt werden.

**Ä1** Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Gutes Leben: In Stadt und Land)

Antragsteller\*in: LAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 11.11.2020

## Text

### **Von Zeile 20 bis 22 einfügen:**

bietet die Digitalisierung neue Chancen für das Leben auf dem Land – sei es durch Arbeit im Homeoffice [bzw. mobilem Arbeiten](#), Telemedizin oder beim Carsharing. Gute Versorgung gehört dazu, nicht für jeden Einkauf will und muss man in die Stadt fahren.

## Begründung

Corona lehrte uns, dass es einen arbeitsrechtlichen Unterschied zwischen Heimarbeit und mobilem Arbeiten gibt. Hier ist vermutlich beides gemeint.



## Ä2 Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Gutes Leben: In Stadt und Land)

Antragsteller\*in: Schreibgruppe LAG Ländlicher Raum  
Beschlussdatum: 31.12.2020

### Text

#### **Von Zeile 4 bis 6 einfügen:**

lebhafteste Städte und lebenswerte Dörfer – all das sind keine Widersprüche, sondern machen die Mannigfaltigkeit unseres Landes und seiner vielfältigen Regionen aus. Diese zu erhalten, ist unser Ziel für Thüringen. Menschen sollen da gut leben können, wo sie leben

#### **Von Zeile 11 bis 15:**

die Natur: All diese Aspekte entscheiden gemeinsam über die Lebensqualität heute und die Chancen einer Region in der Zukunft.

Das Leben in unseren Dörfern und in unseren Städten könnte solch ein "buen vivir" - Aber ein gutes Leben im Einklang mit den Kapazitäten unserer Erde - sein, und doch ist es das für viele aktuell nicht mehr. Denn auch in Thüringen verlassen jüngere Menschen die ländlichen Regionen und ziehen in die Städte. Der demografische Wandel trifft manche Landstriche hart. In den Städten hingegen werden die Wohnungen knapp und steigen die Mieten. Was läuft falsch?

Der Abbau kleinteiliger, wirtschaftlicher Strukturen vor Ort, eine kontinuierliche Intensivierung der Landwirtschaft, sowie der demografische Wandel haben in den ländlichen Regionen Thüringens in den letzten Jahrzehnten viele Probleme mit sich gebracht:

Die natürliche Bodenfruchtbarkeit und die Fähigkeit der Böden, sauberes Trinkwasser zu generieren wie auch die natürliche Artenvielfalt nehmen durch die flächendeckend hohe Mechanisierung und den intensiven Einsatz von Pestiziden und chemischen Düngern in der Landwirtschaft kontinuierlich ab. Damit sind wichtige Lebensgrundlagen gefährdet.

Zugleich gibt es immer weniger Arbeitsplätze vor Ort. Die Dorfbewohner\*innen müssen immer längere Wege zurücklegen, um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Die Umsetzung eines nachhaltigen Lebensstils ist dadurch oft erschwert. Die fehlenden Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten und die Ausdünnung sozialer Infrastrukturen vor Ort führen zu einem Übergewicht des Individualverkehrs und zu einer zunehmenden Abwanderung in die Städte und in die Stadtperipherie. Hierdurch ergeben sich zunehmend Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe und der Bewahrung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Durch die Abwanderung gibt es immer mehr leer stehende Immobilien, deren Unterhaltungsaufwand oder deren notwendiger Abbruch Kommunen und private Eigentümer\*innen schwer belastet oder überfordert. Davon sind insbesondere auch die kleinen und mittelgroßen Städte Thüringens betroffen.

Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung erschweren aber auch zunehmend die Aufrechterhaltung wichtiger Elemente der Daseinsvorsorge - etwa von Kindergärten, Schulen, Arztpraxen u.a. - und damit letztlich auch eines lebendigen sozialen und kulturellen Lebens. Es fehlen die Orte und die Anlässe zur Begegnung und zum Austausch.

Diesen Fehlentwicklungen entgegen zu wirken und damit weiten Bevölkerungskreisen wieder ein gutes Leben auf dem Land und in den vielen Kleinstädten Thüringens zu ermöglichen ist unser Ziel. Damit einher geht eine Neu-Bewertung der Beziehung von Stadt und Land und damit ein frischer Blick auf die zunehmende Bedeutung von regionalem Zusammenwirken. Den ländlichen Raum zu regenerieren wird letztlich auch den Zuwanderungsdruck von den größeren Städten Mittelthüringens nehmen und damit auch deren lebenswerte Entwicklung befördern.

**Von Zeile 17 bis 19 einfügen:**

**Es lebe das Dorf!** Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die Menschen in den Dörfern darin unterstützen, ihre Kulturlandschaft zu erhalten und wieder zu regenerieren, regionale Wirtschaftskreisläufe und Beschäftigung vor Ort zu schaffen, nachbarschaftliche und dorfübergreifende Unterstützungsnetzwerke aufzubauen und ein reiches kulturelles Leben mit Angeboten für alle Generationen zu bewahren und weiterzuentwickeln. Diese Strategie hat viele Bausteine:

Wir BÜNDNISGRÜNE unterstützen Bemühungen, Artenvielfalt zurück in den ländlichen Raum zu holen: etwa durch den Anbau regional typischer Gemüse- und Getreidesorten, durch die Wiederbelebung unserer Streuobstwiesen mit heimischen Obstsorten, durch das Anlegen von Agroforstsystemen, wegbegleitenden Hecken oder durch eine extensive Pflege gemeindlicher Grünflächen und privater Gärten, welche bspw. Vögeln und Insekten wieder eine Überlebenschance geben.

Wir unterstützen Bemühungen, die durch Klimawandel, Übernutzung und eine umweltschädigende Land- und Forstwirtschaft aus dem Gleichgewicht geratenen Wasserkreisläufe zu regenerieren: durch angepasste Landbewirtschaftung, die Vermeidung wassergefährdender Stoffe, durch Wassersparmaßnahmen und durch eine dezentrale, umweltfreundliche Aufbereitung der Abwässer. Wir setzen uns ein für den Erhalt und die Regeneration der Fruchtbarkeit unserer Böden und für eine dezentrale Kompostierung und energetische Nutzung der organischen Stoffe.

Wir wollen dazu beitragen, Initiativen für ein regionales Wirtschaften zu stärken: etwa Projekte der Solidarischen Landwirtschaft, Bürgerenergiegenossenschaften, Waldgenossenschaften, Dorfläden, regionales Handwerk und die Einführung innovativer, umweltgerechter Technologien - etwa von Agrophotovoltaikanlagen, hölzernen Windrädern, kalten Nahwärmenetzen oder nachwachsenden und umweltverträglichen Rohstoffen im Bauwesen (Holz, Stroh, Lehm Hanf u.a.). Wir helfen beim Aufbau einer gemeinwohlorientierten Kreislaufwirtschaft, bei der Entwicklung regionaler Währungen. Wir wollen, dass die Wertschöpfung unserer Wirtschaft wieder den Menschen in der Region zugute kommt und wir setzen uns ein für eine Vorbildwirkung der öffentlichen Hand in ihren Praktiken von umweltfreundlicher Anschaffung und Auftragsvergabe.

Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine Mobilitätsgarantie im ländlichen Raum und wollen diese mit der flächendeckenden Einführung von Rufbussen, einem weiteren Ausbau des Schienenverkehrs und guter Radwegeverbindungen befördern. Menschen, die mit Carsharing-Modellen, Mitfahrbänken und Mitfahr-Apps zum Teilen von PKW übergehen, werden wir darin unterstützen und den Ausbau der Elektromobilität weiter voranbringen.

Schnelles Internet ist nicht nur ein Standortfaktor für Unternehmen, sondern auch Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Zudem

**Von Zeile 21 bis 27:**

durch Arbeit im Homeoffice, Telemedizin oder beim Carsharing. Gute Versorgung gehört dazu, nicht für jeden Einkauf will und muss man in die Stadt fahren. Der Aufbau solidarisch unterstützter Landwirtschaftsbetriebe, kleinteiliger Dorfläden und Direktvermarkter die bessere Unterstützung von Direktvermarkter\*innen können die Versorgung mit Brot, Gemüse, Obst, Fleisch, Milch und Käse übernehmen. Örtliche Gaststätten könnten durch die Integration von Catering-Angeboten für Senior\*innen und für die lokalen Kindergärten und Schulen eine bessere Auslastung und Überlebenschance erhalten. Dann kommt das Essen von der Gärtnerei über das Catering direkt zu den Menschen vor Ort.

Kurze Wege für kleine Füße muss auch gelten, wenn es um die SchuleKindergärten und die Schulen im ländlichen Raum geht. Ganztägige Kinderbetreuung und jahrgangsübergreifendes Lernen gehören auch in den dünner besiedelten Gebieten dazu. Kindergärten und Schulen in Freier Trägerschaft zeigen bereits, dass sich dies auch in kleinteiligen Maßstäben mit guter sozialer Einbettung und wirtschaftlicher Tragfähigkeit umsetzen lässt. Wenn Arztpraxen schließen, werden die Wege zum Arzt länger, ist gesundheitliche Versorgung nicht

**Von Zeile 29 bis 34:**

auf dem Land ein, zum Beispiel durch die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten. [Leerzeichen]

Nicht zuletzt benötigt Gemeinwohl Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine Kultur des Mitmachens. Jede und jeder ist wichtig und wird gebraucht, sei es bei der Erstellung einer Ortschronik, Ridesharingder Alltags-Unterstützung von Senior\*innen, in Sport- und Kulturvereinen oder bei der Organisation von Maibaumsetzen und Kirmes.

**Von Zeile 45 bis 47 einfügen:**

Poststation und eines Geldautomaten oder eine Bücherbox für die regionale Bücherei. Vereine finden hier Räume für Versammlungen und Feste und auch die selbstorganisierte freie Jugendkulturszene hat hier ihren Platz. In

**Von Zeile 57 bis 60:**

dem Umland ist deswegen unerlässlich. Egal ob Busfahrpläne, Schulnetzplanung oder Wirtschaftsförderung; - es gibt viele Möglichkeiten der Kooperation zum Wohle der Menschen vor Ort und in der Region. Wir wollen diese freiwilligen Formen der Zusammenarbeit und bürger\*innenschaftlichen Mitgestaltung befördern und mitinitiiieren - etwas in der Form von Nachhaltigkeitsbeiräten in Gemeinden oder von regionalen Bürger\*innenräten in unseren Landkreisen.

**Von Zeile 65 bis 71:**

Kommunikation, mit einem reichhaltigen kulturellen Angebot. Sie sollen sicher sein und die Menschen sollen sich sicher fühlen. Aber für mancheviele Städte\*innen - insbesondere für Familien - ist die Suche nach einer bezahlbaren, geeigneten Wohnung längst zur Herausforderung geworden. Wir wollen, dass die Mieten und das Eigentum an selbst bewohntem Wohnraum auch in wachsenden Städten bezahlbar bleiben. Andere Städte wiederum kämpfen mit der Abwanderung von EinwohnernEinwohner\*innen und benötigen nach wie vor Unterstützung beim Umbau ganzer Quartiere. Das Förderprogramm „Soziale Stadt“

**Von Zeile 94 bis 96:**

Die Landesebene hat hierbei eine Vorbildfunktion, wenn es um den Verkauf von Landesliegenschaften geht. Diese sollen vorrangig im Erbbaurecht verkauftvergeben werden. Baulandmodelle und ähnliche bodenpolitische Instrumente wollen wir

## Begründung

- Aktuelle Probleme des ländlichen Raums klar benennen, gleichzeitig zeigen, dass grüne regionale Lösungen hier wirklich helfen können (wir erkennen die Probleme und gehen sie an)
- Zum großen Teil kommen die vorgeschlagenen Lösungen schon ausführlicher in anderen Abschnitten vor und das ist gut so. Sie hier in den Kontext des ländlichen Raums zu stellen lohnt, zumal einige Leser\*innen aus dem ländlichen Raum nicht das ganze Wahlprogramm lesen werden.
- Darstellen, dass die Mobilitätsgarantie nur ein Teil unseres umfassenderen Konzepts für ländliche Räume ist.

- Allgemein: Im gesamten Wahlprogramm immer die Vielfalt der Thüringer Bevölkerung beachten und in den Formulierungen und Beispielen möglichst alle aus Dorf und Stadt mit unterschiedlichen Ausbildungen, Altern und Hintergründen ansprechen.

Dies ist ein Vorschlag der Schreibgruppe der LAG, der Beschluss in der LAG steht noch aus.

**Ä3** Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Gutes Leben: In Stadt und Land)

Antragsteller\*in: Wahlprogrammänderungsgruppe KV Erfurt

Beschlussdatum: 03.01.2021

## Kapiteltitlel

### Ändern in:

Präambel

### Text

#### **Von Zeile 115 bis 116 einfügen:**

Energiestandards mit ökologischen Baumaterialien und urbane Gärten gehören für uns dazu.

In den Wohngebieten werden wir Modellprojekte für autofreies Wohnen fördern. Eine kinderfreundliche Wohnumfeldgestaltung kann Voraussetzung für Förderungen werden. Wir werden Thüringens Innenstädte neu denken, die Aufenthalts- und Lebensqualität deutlich stärken und den Menschen wieder mehr Begegnungsraum geben. Dafür werden wir die Kernbereiche der Innenstädte autofrei machen und die Durchfahrtsmöglichkeiten einschränken.

### Begründung

Uns als städtischer KV ist es besonders wichtig den Autoverkehr in den Innenstädten weitgehend zu reduzieren und damit unsere Kommunen lebenswerter zu gestalten.

**Ä3** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Der beste Start: Kinder, Jugend und Familie)

Antragsteller\*in: LAG Ländlicher Raum

Beschlussdatum: 02.01.2021

### Redaktionelle Änderung

Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Ausübung des Wahlrechts künftig generell ab 16 Jahren möglich ist.

### Begründung

Wird mit der Unreife von 14 Jährigen begründet. Hier liegt ein Dissens innderhalb der LAG vor und muss auf anderer Ebene diskutiert werden.

**Ä4** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gute Bildung, gute Chancen, ein Leben lang: Kindergärten, Schulen und Ausbildung)

Antragsteller\*in: Andreas Hornung (Wartburgkreis/Stadt Eisenach RV)

## Text

### **Von Zeile 92 bis 93 einfügen:**

gesetzlich verankern und flächendeckend ausbauen. Die Kindergartenfinanzierung soll insgesamt einfacher und transparenter werden.

### Wir lernen aus der Pandemie

Die CORONA-Pandemie hat besonders Kindergärten und Schulen vor große Herausforderungen gestellt. Die Erkenntnisse aus der Krise sollten genutzt werden um das Bildungswesen allgemein zu verbessern, und für eventuelle Wiederholungsfälle oder Rückschläge in der Bekämpfung des Virus gewappnet zu sein. Auch die volkswirtschaftlichen Folgen der gegenwärtigen Krise erfordern sichtbare Antworten im Bildungswesen. Spürbare Verbesserungen der Bildung wirken sich mittel- bis langfristig positiv auf die volkswirtschaftliche Entwicklung aus. Bestehende Defizite sind zu ergründen und geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Eine Praxisoffensive, vor allem in den weiterführenden Schulen, aber auch in den Grundschulen, ist absolut überfällig, und das Gebot der Stunde. Es sind konkrete Maßnahmen zur Stärkung der praktischen, besonders der handwerklichen Bildung zu entwickeln, und für eine verbindliche Umsetzung in den Schulen zu sorgen. Hierzu ist externe Expertise und Unterstützung einzuholen. Echte Praktische Bildung erfordert Präsenz. Dazu ist ein funktionierender Infektionsschutz im Präsenzunterricht dringend erforderlich, die Umsetzung baulich notwendiger Maßnahmen ist ohne Verzug anzugehen. Die dezentrale Entwicklung von Maßnahmen zum Infektionsschutz, angepasst an die örtlichen Gegebenheiten bot die Chance im Ergebnis eine Vielzahl guter Lösungsansätze zu erhalten, die nun auf Grundlage der konkreten Erfahrungen herausgefiltert und ausgeflächt werden sollten. Dazu gehören intelligente Lüftungskonzepte, geeignete Raumlüftungssysteme (bzgl. dessen in Thüringen ein einfaches pragmatisches System entwickelt wurde). In Schulneubau und -sanierung empfehlen wir BÜNDNISGRÜNE auf den Einbau leistungsstarker zentraler Lüftungsanlagen mit Filtersystemen und Wärmerückgewinnung, kleinere Schulen (z.B. Dorfschulen) und auf die Entwicklung neuartiger, einer modernen Pädagogik und dem Infektionsschutzgedanken angepasste Schulgebäudekomplexe zu setzen. Im Bereich der Kindertagesstätten sind die Förderung von Waldkindergärten und allgemein die Ermöglichung von mehr Aufenthalt in der Natur u.E. geeignete Antworten auf die Pandemie. Nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in den Städten darauf zu achten, dass Kinder viel Zeit in der Natur verbringen können, wurde u.E. in den letzten Jahrzehnten zu stark vernachlässigt. Dies sollte zukünftig bereits bei der Standortwahl, und in Kindergartenkonzepten verbindlich enthalten sein, und umgesetzt werden. In Schulen sind, mehr Unterricht im Freien in Form regelmäßiger Exkursionen (z.B. in naturwissenschaftlichen Fächern), kürzere Unterrichtseinheiten (z.B. 20 Minuten und 5 Minuten Pause), eine Verzahnung von Präsenzunterricht und Homeschooling, mehr eigenständiges e-Learning (z.B. in Mathematik, wo es bereits gut funktionierende e-Learning-Programme gibt), geeignete Möglichkeiten um Bildung zu verbessern und in Zukunft besser auf derartige Krisen vorbereitet zu sein. Der Handlungsbedarf ist groß - wir BÜNDNISGRÜNE lernen aus der Pandemie und möchten diese Aufgaben beherzt angehen!

## Begründung

Die LAG-Bildung äußert in ihrem Antrag Ä1 den Wunsch an die Schreibgruppe nach einem Textbeitrag zu folgenden Punkten:

- Pandemiesicherheit in Kindergärten und Schulen
- Schule nach Corona
- Was lernen wir aus der Krise
- Gesunde Schule / Schulbau / Lüften

Dem habe ich als Mitglied der LAG'n "Bildung" und "Ländlicher Raum" mit diesem Antrag versucht nachzukommen. Aus hautnaher persönlicher Erfahrung sehe ich eine hohe Relevanz und eine absolute Dringlichkeit, bzgl. der im Antrag geschilderten Punkte, allen voran einer echten Stärkung der handwerklichen Bildung. Sie sollten mit Zielstrebigkeit und Energie angegangen werden. Dies beginnt mit dem deutlichen Herausstellen dieser Punkte im Wahlkampf.



**Ä1** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gut bezahlt und gut vereinbar: Arbeit)

Antragsteller\*in: LAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 17.12.2020

## Text

### **Von Zeile 35 bis 36 einfügen:**

behindern, sich Tarifverhandlungen verweigern oder die grundgesetzlich garantierte gewerkschaftliche Betätigung zu unterbinden versuchen. Auch die rasanten Änderungen der Lebens- und Arbeitswelt im Rahmen der Digitalisierung veranlassen uns, die Zukunft der Arbeit neu zu denken und zu gestalten.

## Begründung

Wenn man über eine sich ändernde Arbeitswelt spricht, kommt man an der Digitalisierung nicht vorbei. Inhaltlich stellt die vorgeschlagene Änderung bspw. auf Homeoffice und Lebenslanges Lernen ab, welche in vorherigen Kapiteln aber schon erwähnt wurden.

## Ä2 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gut bezahlt und gut vereinbar: Arbeit)

Antragsteller\*in: Wahlprogrammänderungsgruppe KV Erfurt  
Beschlussdatum: 30.12.2020

### Text

2020 hat deutlich gemacht: Die Bewältigung der Herausforderungen der Pandemie erfordert die Zusammenarbeit aller Akteure des Erwerbslebens. **Starke Gewerkschaften und Betriebsräte** sind Garanten für die Wahrnehmung der Arbeitnehmer\*inneninteressen und **wertvolle Partner für Arbeitgeber**. **Tarifgebundenheit** trägt zur Fachkräftesicherung bei, denn tarifgebundene Arbeitgeber sind attraktive Arbeitgeber. Wir werden ein **Landesprogramm** schaffen für **Unternehmensgründer\*innen**, die sich verpflichten, mindestens an branchenüblichen Tarifverträgen orientierte Vergütungen zu zahlen. Wir werden Anreize schaffen, dass sich der **Aufbau einer Stammebelegschaft** lohnt und Werkverträge, Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen auslaufen. Bei der Anerkennung und Kompetenzfeststellung von ausländischen Fachkräften setzen wir uns für ein transparentes und zügiges Verfahren ein. Integrationsangebote, Sprachkurse und Qualifizierung werden wir zielgerichtet anbieten. Nicht erst seit der Pandemie machen wir uns für die **Aufwertung der Pflegeberufe** stark. Die Beschäftigten in der Pflege müssen die Wertschätzung erhalten, die ihnen zusteht. Wir werden uns in der Tarifgemeinschaft der Länder für eine **Erhöhung des Tarifentgelts für Beschäftigte in der Pflege** einsetzen. Wir stehen ein für eine **Akademisierung freier therapeutischer Berufe**, wie Physiotherapeut\*innen und Hebammen.

Gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleich bezahlt werden, egal ob Ost oder West und Mann oder Frau. Wir leben diese **Chancengleichheit**. In den grün geführten Ministerien sind Führungspositionen zu [Anfrage bei Dirk und Anja zur Höhe ] % mit Frauen und [Anfrage bei Dirk und Anja zur Höhe ] % von Menschen mit ostdeutscher Biografie besetzt. Wir werden dazu beitragen, die **Vollzeitquote von Frauen** - je nach eigenem Lebensmodell nach einer Teilzeitbeschäftigung oder nach der Ausübung von Familienarbeit - zu erhöhen. Wir werden gemeinsam mit Wirtschaft und Arbeitsagentur Programme für junge Mütter, ältere Menschen und Jobwechsler\*innen entwickeln und Coachingprogramme für Langzeitarbeitslose und Arbeitssuchende mit multiplen Hemmnissen ausbauen.

Bund, Land und Kommunen sind Geschäftspartner von Unternehmen. Sie kaufen Dienstleistungen und Güter. Diese Marktmacht der öffentlichen Hand werden wir für ökologisches und soziales Wirtschaften nutzen. Wir bringen ein **Landesvergabegesetz** ein, das ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verbindlich fest schreibt. Mit uns werden Praktika im öffentlichen Dienst ab einer Mindestdauer von drei Wochen bezahlt werden.

Wir fördern die Betriebspartner beim betrieblichen Gesundheitsschutz durch ein **Unterstützungsprogramm** für **betriebliche Gesundheitsvorsorge**, für Schutz vor Erkrankungen und psychischen Belastungen, und den Ausbau der Beratung über die bei den Integrationsämtern vorhandenen Strukturen.

Für eine diskriminierungsfreie Arbeits- und Ausbildungswelt werden wir Fort- und Weiterbildungen von Gleichstellungsbeauftragten und die Zusammenarbeit der Gleichstellungsbeauftragten Thüringens mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes fördern. Wir werden ein **Landesantidiskriminierungsgesetz** einbringen, das im Bereich des öffentlichen Handelns Schutz vor Diskriminierungen ermöglicht und Gewähr dafür bietet, dass unsere Sicherheitskräfte die Sicherheit unserer Bürger durchsetzen können.

Die **Digitalisierung der Arbeitswelt** hat durch die Pandemie rasant an Fahrt gewonnen. Wir werden gemeinsam mit allen Akteuren des Erwerbslebens und der Wissenschaft diesen grundlegenden Wandel voranbringen. [konkrete Maßnahmen]

## Begründung

Der bisherige Text enthält viele Sorgen und negativ konnotierte Wörter wie „schwierig“, „Überlastung“, „Stress“, „Engpässe“, „Puste ausgehen“. Das haben wir weggelassen. Wir wollen, dass die Menschen Positives mit uns verbinden. Die Anregung an Unternehmen, es dem öffentlichen Dienst bei der Bezahlung von Praktika gleich zu tun, ist überflüssig. Unternehmen werden dann etwas verändern, wenn sie es müssen oder einen wirtschaftlichen Vorteil davon haben. Zudem ist der öffentliche Dienst in vielerlei Beziehung sicherlich kein Vorbild für die Wirtschaft. Den Wunsch nach guter Arbeit haben wir weggelassen. Wir sind der Meinung, dass das Wahlprogramm zeigen muss, was wir dafür tun, dass es gute Arbeit geben wird. Wünsche/Visionen sind Teil des Grundsatzprogramms. Vergaberecht ist bundesgesetzlich geregelt. Wir empfehlen daher für die Durchsetzung des Ziels, dass eine Vergabe von Aufträgen davon abhängig ist, dass Unternehmen mindestens an branchenüblichen Tarifverträgen orientierte Vergütungen zahlen, ein Landesvergaberecht. Die Entscheidung, sich an Tarifverträge binden zu wollen oder eben nicht (z.B. durch Verweigerung von Tarifverhandlungen), ist frei und diese Freiheit ist grundgesetzlich geschützt in Art. 9 Abs. 3 GG. Wir sind eine Rechtsstaatspartei und achten die Grundrechte. Die Wege des Aufbaus einer Stammebelegschaft, also die Ausübung von öffentlichem und politischem Druck usw. bleiben durch unsere Formulierung offen. Wir sind für Bürokratieabbau und halten es daher für nicht zielführend, weitere staatliche Institutionen und Ämter zu schaffen, sondern vorhandene mit anstehenden Aufgaben zu betrauen. Wir sind der Ansicht, dass Integrationsämter, die Unternehmen hinsichtlich des betrieblichen Eingliederungsmanagements sowieso informieren müssen, dabei auch die Beratung über betrieblichen Gesundheitsschutz allgemein übernehmen können. Uns ist nicht klar, was die von der rot-rot-grünen Landesregierung ins Leben gerufene Thüringer Allianz bisher bewirkt hat. Wenn es Erfolge sind, bitte erwähnen. Wenn nicht, bitte weglassen.

## Ä3 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gut bezahlt und gut vereinbar: Arbeit)

Antragsteller\*in: LAG - Ländlicher Raum  
Beschlussdatum: 02.01.2021

### Text

#### Von Zeile 25 bis 27:

den Ruhestand gehen. Der Fachkräftebedarf steigt rasant, große Engpässe zeigen sich zum Beispiel in der Metallindustrie, ~~in verschiedenen Handwerksbereichen~~ im Handwerk oder in den Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufen. Die Gewinnung und

#### Von Zeile 42 bis 47:

Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung werden wir deshalb weiter unterstützen. Für uns BÜNDNISGRÜNE ~~besteht~~ beginnt Fachkräftesicherung bereits in der größten Schule. Deshalb schlagen wir ein Wahlfach zur beruflichen Orientierung in allen Schulformen vor. In diesem Praxisorientierten Wahlfach können sich die Schüler\*innen beispielsweise zwischen den Bereichen Gesundheit/Soziales, Handwerk/Landwirtschaft oder Handel/Tourismus wählen. Am Beispiel des Handwerkes können so handwerkliche Fertigkeiten und Grundkenntnisse bereits viel früher vermittelt werden. Den Schüler\*innen vermittelt das schon frühzeitig Perspektiven. Zur Abdeckung der Unterrichtseinheiten können Experten der Handwerkskammern bzw. wechselnde regionale Handwerksbetriebe eingesetzt werden. Die bauliche Erweiterung der Schulgebäude durch entsprechende Räumlichkeiten und Werkstätten soll durch den Freistaat gefördert werden. Die angemessene Förderung von Ausbildungsberufen ist auch eine Chance für ländliche Räume, junge Menschen auch in Regionen ohne Hochschule binden zu können. Das duale Ausbildungssystem muss gegenüber der akademischen Laufbahn attraktiver gemacht werden. Wir wollen, dass Meisteranwärter genau wie Studierende die Möglichkeit einer kostenfreien Weiterausbildung haben.

Handlungsbedarf besteht ebenfalls in den Bereichen gute tarifgerechte Bezahlung und Aufwertung der Fürsorgeberufe, gute Bedingungen in der Aus- und Weiterbildung, attraktive Arbeitsbedingungen und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Lohngefälle zu den alten Bundesländern muss beseitigt werden. Hier muss der Freistaat als betroffenes Bundesland mit niedrigerem Lohnniveau stärker einwirken. Gerade in den Sorgeberufen, in denen sich Menschen um andere Menschen kümmern, wird großartige Arbeit nur unzureichend

#### Von Zeile 66 bis 68 löschen:

Unternehmen zu unterstützen, messen wir arbeits- und sozialrechtlichen Standards einen hohen Wert zu. ~~[Leerzeichen]~~ Um diesen eine langfristige Perspektive und Erfolgchancen zu geben, sind Zugänge zu Integrationsangeboten, Sprache und Qualifizierung und

#### Von Zeile 86 bis 87 einfügen:

Hierzu sind die entsprechend beratenden und kontrollierenden Behörden und Institutionen personell und technisch anforderungsgemäß auszustatten.

Für die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie kann die Corona-Pandemie als Augenöffner dienen. Menschen auf dem Land werden Home-Office Arbeitsplätze stärker nutzen. Die notwendigen Rahmenbedingungen wollen wir schaffen. Thüringen kann hier ein attraktiver Wohnort für junge Familien sein, wo KiTa-Plätze verfügbar sind, Wohnraum günstig ist dazu gehört besonders die leistungsfähige digitale Infrastruktur.

#### Von Zeile 111 bis 113 einfügen:

werden wir Coachingprogramme ausbauen und zugleich die Angebote und Initiativen des Bundes für

Thüringen nutzen. Zusätzlich muss das Land bedarfsgerecht nach aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen mit Umschulungsmaßnahmen unterstützen. Aktuell entfallen in Zulieferbetrieben der Automobilindustrie Arbeitsplätze. Hier werden Potentiale frei, die in Mangelberufen wie der Pflege oder dem Handwerk eingesetzt werden können. Die Diskussion über Modelle zum Grundeinkommen werden wir konstruktiv und aufgeschlossen aktiv vorantreiben.

## Begründung

Die Änderungen wurden aus Sicht der LAG- Ländlicher Raum vorgenommen. Die Änderungsvorschläge tragen insbesondere zur Lösung des Fachkräftemangels und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf dem Land bei. Im ländlichen Raum haben das Handwerk und handwerkliche Bildung einen hohen Stellenwert.

**Ä4** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gut bezahlt und gut vereinbar: Arbeit)

Antragsteller\*in: LAG Frauen

Beschlussdatum: 03.01.2021

## Text

### **Von Zeile 125 bis 127 einfügen:**

Gleichstellungsbeauftragten des Landes eine unabhängige Stelle zur Vermeidung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und an Ausbildungsstätten inklusive Hochschulen einrichten. Da sich das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz nur auf die Erwerbstätigkeit und das Privatrecht

**Ä1** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 17.12.2020

## Text

### **Von Zeile 160 bis 161 einfügen:**

Krankenhäusern und Krankenkassen wollen wir eine **Landesstrategie Medizin 4.0** entwickeln. Intelligente Assistenz-Systeme im medizinischen Bereichen bieten völlig neue Möglichkeit der Teilhabe, der Senkung der Zugangshürden und zur Förderung der Inklusion.

## Begründung

Intelligente Assistenz-Systeme kennt man vom Smartphone (Termine und Erinnerungen setzen, Musik abspielen, Smart Home steuern, Nachrichten schreiben, ...). Es wäre doch schön, wenn für gepflegte Personen auch zugeschnittene Lösungen existieren würden.

**Ä2** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Ländlicher Raum  
Beschlussdatum: 02.01.2021

## Text

### **Von Zeile 36 bis 38:**

Basis und damit Planungssicherheit erhalten. Die Beschäftigten in diesen sozialen Bereichen wollen wir angemessen entlohnen und Supervision berufsbegleitende Unterstützungsmaßnahmen für sie zum Standard erheben.

### **Von Zeile 76 bis 82:**

Patient\*innen ohnehin nur schwer zu durchschauen sind. Deshalb wollen wir die neu eingeführten Portalpraxen weiterentwickeln und ausbauen. Ambulante Wir fordern, dass das Land die kommunalen, kirchlichen und stationäre privaten Krankenhäuser unterstützt bei einer regionalen Spezialisierung und gleichzeitigem Erhalt der ambulanten und stationären Versorgung müssen flächendeckend gesichert sein vor Ort. Dafür werden wir den **Auf- und Ausbau moderner Gesundheitsversorgungszentren**, also vieler verschiedener medizinischer und therapeutischer Angebote unter einem Dach, vor allem auf dem Land, weiter fördern. Dazu müssen Landkreise und kreisfreie Städte finanziell stärker unterstützt werden bei der Errichtung von MVZ und der Anstellung von Ärzten, Pflegepersonal etc. Alternativen wie Medizinische Versorgungszentren, sektorenübergreifende Modelle oder genossenschaftlich

### **Von Zeile 122 bis 124 einfügen:**

angeboten werden. Produkte aus regionaler, ökologischer Erzeugung sind dabei ein elementarer Baustein. Kommunen, Verwaltung und Ministerien müssen dabei Vorreiter\*innen für Bio-Caterina sein. Für die Kleinen wollen wir ein dauerhaftes Förderprogramm für gute Lebensmittelversorgung an den Schulen etablieren. Die Komponenten des

### **Von Zeile 140 bis 142 einfügen:**

institutionelle Förderung von Geburtshäusern ein. Dafür werden wir eine spezielle Richtlinie entwickeln. Vor allem im ländlichen Raum müssen Hebammenpraxen und Geburtsstationen wohnortnah erhalten bleiben. In den Fokus werden wir außerdem die Arbeitsbedingungen der Hebammen und Entbindungspfleger in den Kliniken nehmen.

### **Von Zeile 243 bis 244 einfügen:**

möglich sein und das öffentliche Nahverkehrsangebot thüringenweit verbessert werden. Durch eine Erweiterung des ÖPNV und neuer Mobilitätsformen (Mitfahrbänke, gefördertes Car-Sharing etc.) gerade im ländlichen Raum soll die gesellschaftliche Teilhabe von Senior\*innen gestärkt werden.

### **Von Zeile 278 bis 279 einfügen:**

respektieren und bei Bedarf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Pflegekammer schaffen. Mobile Landärzt\*innen sind vor allem ein senior\*innenfreundlicher Beitrag zu einer wohnortnahen medizinischen Versorgung.

### **Von Zeile 286 bis 287 einfügen:**

die Zahlung eines solchen Zuschusses als freiwillige Leistung stünde Thüringen gut zu Gesicht. Gerade im ländlichen Raum müssen dezentrale Pflegeeinrichtungen für ein würdevolles Altern im Heimatort (genossenschaftlich organisiert) geschaffen werden. Mehrgenerationen-Höfe als Ersatz für verloren



gegangene großfamiliäre Solidarstrukturen sind eine weitere Möglichkeit, die Pflegekassen zu entlasten. Dieses Konzept muss allerdings von Landes- und Kommunenseite gut aufgebaut und begleitet werden.

**Ä3** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt:  
Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit

Beschlussdatum: 06.11.2020

## Text

### **Von Zeile 68 bis 71:**

Versorgungsauftrags eine bedarfsgerechte Finanzierung der Thüringer Krankenhäuser gewährleisten. ~~Um auch die Strukturen für eine gute Pflege für die Zukunft zu sichern, haben wir begonnen, den Thüringer Pflegepakt zu evaluieren und fortzuschreiben. Diese eingeschlagenen Wege werden wir weitergehen.~~ Wir setzen dabei auch auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen und wollen dies unterstützen.

**Ä4** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt:  
Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit

Beschlussdatum: 06.11.2020

## Text

### **Von Zeile 76 bis 78 einfügen:**

Patient\*innen ohnehin nur schwer zu durchschauen sind. Deshalb wollen wir die neu eingeführten  
Portalpraxen weiterentwickeln und ausbauen und die Kommunen als strategische Partner\*innen gewinnen.  
Ambulante und stationäre Versorgung müssen flächendeckend gesichert sein. Dafür werden wir den

**Ä5** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt:  
Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 06.11.2020

## Text

### **Von Zeile 103 bis 104 einfügen:**

Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich, werden wir ausbauen.

### Stärkung und Neuaufstellung kommunaler Strukturen insbesondere den Öffentlichen Gesundheitsdienst

Der Öffentliche Gesundheitsdienst als eine tragende Säule muss sein breites Aufgabenspektrum aus Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung, und Gesundheitsmanagement erfüllen können und als aktiver Partner bei der Planung und Gestaltung der regionalen Gesundheitsvorsorge zur Verfügung stehen. Dazu müssen sich auch die kommunalen Arbeitgeber\*innen ihrer Verantwortung bewusst werden und alle Möglichkeiten struktureller Verbesserungen einsetzen, entsprechende Initiativen werden wir unterstützen. Die Personalausstattung der Gesundheitsämter sowohl im ärztlichen als auch im nicht ärztlichen Bereich muss verbessert werden.

Den Gesundheitsämtern müssen moderne und sichere digitale Systeme zur Verfügung gestellt werden. Dies betrifft auch den Datenaustausch mit ihren Partnern, selbstverständlich mit ausgezeichneten Sicherheitsstandards. Für hilfreich halten wir die Entwicklung von Organisations- und IT-Struktur-Konzepten unter Beteiligung des Landes, die alle Gesundheitsämter für ihre Weiterentwicklung nutzen können.

Die kommunalen Gesundheitsnetzwerke sollen stärker in die Bereiche Gesundheitsförderung und Prävention eingebunden. Der Öffentliche Gesundheitsdienst als Schaltstelle zur Prävention und zum Bevölkerungsschutz muss endlich so ausgestattet und organisiert werden, dass er präventiv, gemeinwohlorientiert, multiprofessionell und frei von kommerziellen Interessen arbeiten kann.

**Ä6** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 06.11.2020

## Text

### Von Zeile 133 bis 152:

~~Werdende Mütter wünschen sich eine persönliche Begleitung durch die Schwangerschaft, bei der Geburt und am Wochenbett bei sich zu Hause. Die Arbeit von **Hebammen und Entbindungspflegern** ist dafür essenziell, wir werden sie weiter stärken. Wir wollen den „Runden Tisch Familie und Geburt“, der erstmalig in Thüringen eingerichtet und mit finanziellen Mitteln ausgestattet wurde, fortsetzen und die Landesgelder für die Förderung einer bedarfsgerechten Versorgung mit Hebammen verstetigen. Das schließt die gezielte und institutionelle Förderung von Geburtshäusern ein. Dafür werden wir eine spezielle Richtlinie entwickeln. In den Fokus werden wir außerdem die Arbeitsbedingungen der Hebammen und Entbindungspfleger in den Kliniken nehmen. Diese müssen sich nachhaltig verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass in Thüringen das Thema „gewaltfreie Geburtshilfe“ und Wahlfreiheit des Geburtsortes einen höheren Stellenwert gewinnt. Wir setzen uns für einen regelmäßigen und öffentlich zugänglichen Thüringer Frauengesundheitsbericht ein. Weiterhin sorgen wir für die Umsetzung der beschlossenen Akademisierung des Hebammenberufes, um nicht nur dem fachlichen, sondern auch dem gesellschaftlichen Status, entsprechend der Verantwortung der Hebammen, gerecht zu werden. Der nachträgliche Titelerwerb (Bachelor) für die Bestandshebammen soll unterstützt werden, um keine Zwei-Klassen-Hebammen-Versorgung und -Entlohnung herbeizuführen.~~

Werdende Mütter haben laut Sozialgesetzbuch Anspruch auf persönliche Begleitung in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett durch Hebammen. Die Wahlfreiheit des Geburtsortes ist nach Gesetz Ausdruck des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und Menschenrecht sowie Form der Ausübung der körperlichen Autonomie (EUGH) und Teil der EU-Menschenrechtskonvention. Durch institutionelle und finanzielle Förderung von Geburtshäusern und Hebammenpraxen soll die Versorgung mit bedarfsgerechten Hebammenleistungen gesichert werden.

In Krisenzeiten werden wir auf kommunaler und Landesebene Hebammen in Krisenstäbe einbinden, um Familien zu unterstützen. Dafür müssen Hebammen zu den systemrelevanten Berufen zählen. Um dem Anspruch aller werdenden Mütter gerecht zu werden, setzen wir uns für eine dezentrale Versorgung ein und ermöglichen Notfall- und Bereitschaftsdienste auch bei personellen Engpässen.

Die "gewaltfreie Geburtshilfe" werden wir stärker thematisieren und Wege zur Beseitigung suchen. Wir setzen uns für einen regelmäßigen und öffentlich zugänglichen Thüringer Frauengesundheitsbericht ein. Die Studie zu den Arbeitsbedingungen angestellter und freiberuflicher Hebammen soll außerdem zur Unterstützung bei der Gebührenverhandlung mit der GKV der freiberuflichen Hebammen dienen.

Um dem Hebammengesetz zu entsprechen, setzen wir uns für den Hierarchie-Abbau in den Kliniken ein und unterstützen die Anpassung der Thüringer Berufsordnung von 1998 an Bundesrecht.

Wir sorgen für die Umsetzung der beschlossenen Akademisierung des Hebammenberufes, um nicht nur dem fachlichen, sondern auch dem gesellschaftlichen Status, entsprechend der Verantwortung der Hebammen, gerecht zu werden. Der nachträgliche Titelerwerb (Bachelor) für Bestandshebammen sowie die

Anerkennung der DDR-Fachschulabschlüsse soll unterstützt werden, um keine Zwei-Klassen-Versorgung und -Entlohnung herbeizuführen. Nur wenn es den Hebammen gut geht, geht es auch den Frauen gut.

**Von Zeile 158 bis 161 löschen:**

Patient\*innen genau im Blick haben. Denn nicht alles, was möglich ist, muss gemacht werden. ~~Zusammen mit der Ärzt\*innenschaft, den ärztlichen Vereinigungen, Krankenhäusern und Krankenkassen wollen wir eine Landesstrategie Medizin 4.0 entwickeln.~~

**Ä7** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt:  
Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit

Beschlussdatum: 06.11.2020

## Text

### **Von Zeile 182 bis 184:**

Hilfsprogramme in der Sucht- und Drogenprävention werden wir evaluieren und anpassen. Wir werden Modellprojekte für das sogenannte Drug-Checking **ermöglichen**unterstützen und die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der **Drogen-**

**Ä8** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt:  
Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit

Beschlussdatum: 06.11.2020

## Text

### **Von Zeile 211 bis 213 einfügen:**

Arbeitsmarkt“ sind ein erprobter Ansatz, um zukünftig auch weitere Unternehmen von einer inklusiven Personalpolitik zu überzeugen. Für Menschen mit Behinderungen sind die Werkstätten nicht nur Arbeitsplatz mit vertrauten Abläufen und Bezugspersonen, wir wollen, dass sie als Orte der Erwachsenenbildung wahrgenommen werden, die wertvolle Arbeit leisten. Die Förderung der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben unterstützen wir.



**Ä9** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt:  
Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 03.01.2021

## Text

### **Nach Zeile 71 einfügen:**

Das derzeitige Gesundheitssystem ist für die meisten Bürger\*innen davon gekennzeichnet, dass sie über die gesetzliche Krankenversicherung abgesichert sind. Daneben gibt es das System der privaten Krankenversicherung, über das beispielsweise Beamt\*innen, Minister\*innen, Abgeordnet\*innen, selbstständig tätige Personen, Arbeitnehmer\*innen ab 55 Jahre ohne ausreichende Vorversicherungszeiten sowie Bürger\*innen, die ihren Lebensunterhalt über Einnahmen aus Mieten und Zinsen bestreiten, krankenversichert sind. Die privaten Krankenversicherungen bieten außerdem Zusatzversicherungen an, z. B. für 2-Bett-Zimmer und Chefarztbehandlung. Circa 145.000 Bürger\*innen sind in Deutschland ganz ohne Krankenversicherungsschutz. Wir stellen weiter fest, dass gesetzlich krankenversicherte Bürger\*innen nicht die gleichen Leistungen wie privat versicherte Bürger\*innen in Anspruch nehmen können. Nachteilig für Gesetzlich Krankenversicherte sind z. B. teilweise lange Wartezeiten auf Facharzttermine und (wegen der beschränkten Budgets) Einschränkungen bei Krankengymnastik und der Vielfalt der Medikamente. In einigen wenigen Bereichen gibt es auch Vorteile, z. B. bei Reha-Maßnahmen. Wir werden auf Bundesebene initiativ werden, dass das System der Krankenversicherung reformiert wird. Wir unterstützen die Einführung einer solidarischen Bürger\*innen-Kranken- und Pflegeversicherung, in die alle Bürger\*innen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen und alle die gleichen Leistungen erwarten können.

**Ä10** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 03.01.2021

## Text

### Von Zeile 71 bis 75:

Patient\*innen wollen im Notfall vor allem sicher sein, dass sie die bestmögliche Behandlung erhalten – und nicht erst die Frage klären müssen, ob sie mit ihrem Problem zum ambulanten Arzt oder besser ins Krankenhaus müssen.

Wir haben in Deutschland eine hochwertige Gesundheitsversorgung. Auch diese hat allerdings Grenzen. Die Corona-Pandemie und der Umgang der in privater Trägerschaft betriebenen Krankenhäuser bei der Bereitstellung der notwendigen Kapazitäten mit Intensivbetten haben Schwächen des bisherigen Systems aufgezeigt. Wir stellen des Weiteren fest, dass in den letzten Jahren erhebliche Kapazitäten in den Krankenhäusern abgebaut wurden. Eine adäquate Gesundheitsversorgung, auch in den ländlichen Regionen, setzt allerdings voraus, dass andere Strukturen zur Versorgung vorgehalten und entwickelt werden. Das derzeitige System der Finanzierung von Krankenhäusern mit Fallpauschalen ist zu reformieren. Es ist zu prüfen, inwieweit das Modell einer (Re)Kommunalisierung der Krankenhäuser die Gesundheitsversorgung in Deutschland verbessern kann. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass mit einer Versorgung in der Fläche eine Konzentration von spezialisierten Einrichtungen und Fachzentren einhergeht. Den Weg der verpflichtenden Personalquoten soll weiter konsequent verfolgt werden. Die Corona-Pandemie hat auch deutlich gemacht, dass insbesondere Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen nicht über ausreichend geschultes Personal verfügen. Qualifiziertes Personal gibt es nicht zum Nulltarif. Die bisherige Anerkennung durch einen einmaligen Bonus stellt keinen dauerhaften Anreiz dar. Es geht in der Zukunft darum, Konzepte für eine langfristige Gewinnung von Fachpersonal zu entwickeln. Dazu gehören eine angemessene Bezahlung und eine Vermeidung von permanenten Überlastungen. Mitarbeiter\*innen arbeiten auch im Normalbetrieb am Limit. Ausfälle von Pflegekräften müssen häufig von Kolleg\*innen durch zusätzliche Schichten ausgeglichen werden. Pflegekräfte sind im Vergleich zu anderen Berufsgruppen überdurchschnittlich oft und auch länger erkrankt. Die Würde des Menschen, und zwar sowohl die des Pflegenden als auch die des Gepflegten, verlangt nach mehr Personal. Die aktuelle Gesundheitspolitik ist durch die COVID-19-Pandemie geprägt. Jede staatliche Bekämpfung der Pandemie ist mit weitreichenden Eingriffen in die Grundrechte der Bürger\*innen verbunden. Solche Beschränkungen zum Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bürger\*innen sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie in der jeweiligen Situation notwendig sind und keine anderen, mit geringeren Einschränkungen verbundene Maßnahmen zur Verfügung stehen. Die zu treffenden, die Grundrechte der Bürger\*innen beschränkenden Anordnungen dürfen nur durch den Thüringer Landtag getroffen werden und nicht im Wege des Verordnungserlasses durch die Landesregierung. Für uns ist das Impfen ein Gebot der Solidarität. Impfungen dienen nicht nur dem persönlichen Schutz, sondern schützen die Bevölkerung insgesamt vor größeren Infektionsausbrüchen. Wer geimpft ist, schützt nicht nur sich selbst, sondern auch die Mitmenschen, vor allem Menschen, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden dürfen. Wir brauchen hohe Impfquoten und wir wollen hohe Impfquoten für alle gefährlichen Infektionskrankheiten. Das aber kann nur durch Aufklärung und viele Beratungsangebote erreicht werden und nicht durch eine gesetzgeberische Maßnahme, deren Umsetzung zudem sehr schwierig sein dürfte. Wir brauchen transparente, vernünftige, niedrigschwellige und sich oft wiederholende Informationszugänge für alle

Bevölkerungsgruppen. So kann der Impfschutz regelmäßig geprüft und dazu beraten werden. Und auch für die schnelle, flächendeckende und längst überfällige Einführung des digitalen Impfpasses machen wir uns stark. ~~Patient\*innen wollen im Notfall vor allem sicher sein, dass sie die bestmögliche Behandlung erhalten — und nicht erst die Frage klären müssen, ob sie mit ihrem Problem zum ambulanten Arzt oder besser ins Krankenhaus müssen.~~ Wir wollen zudem diese harten Grenzen zwischen den Strukturen weiter auflösen, die für die

**Ä11** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 03.01.2021

## Text

### **Nach Zeile 104 einfügen:**

Der Öffentliche Gesundheitsdienst als eine tragende Säule muss sein breites Aufgabenspektrum aus Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Gesundheitsmanagement erfüllen können und als aktiver und akzeptierter Partner bei der Planung und Gestaltung der regionalen Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehen. Die Personalausstattung der Gesundheitsämter sowohl im ärztlichen als auch im nicht-ärztlichen Bereich muss quantitativ und qualitativ verbessert werden. Wir werden diesen Prozess dadurch unterstützen, dass wir uns für eine bessere Bezahlung und strukturelle Veränderungen einsetzen werden. Ebenso ist es wichtig, Möglichkeiten zur kurzfristigen Gewinnung von zusätzlichem Personal in Notzeiten zu schaffen. Dazu gehören unter anderem Rückgewinnungsprogramme und die Schaffung von Anreizen zur Freistellung von Fachpersonal aus anderen Berufen. Bei der Erstellung von Notfallplänen sind nach Möglichkeit alle gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen. Dazu gehören insbesondere solche Berufsgruppen, die sich um Kinder, Jugendliche, Schwangere, Kranke und alte Menschen im Besonderen kümmern. Viele Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Coronavirus sind noch nicht erforscht. Über alle Ländergrenzen zeigen allerdings Studien von Mediziner\*innen und Virolog\*innen einen besonderen Umstand auf: Gesunde Menschen ohne Vorerkrankungen, Menschen mit normalem Gewicht, kommen tendenziell besser durch diese Pandemie. Wenig Bewegung und eine schlechte Ernährung bilden Risikofaktoren für schwerwiegende Krankheitsverläufe. Nur beispielhaft sei an dieser Stelle Diabetes Typ 2 genannt. Sport und Ernährung müssen einen neuen Stellenwert erhalten. Neben einer größeren Förderung des Breitensportes – auch unter den Beschränkungen der Pandemie – sollen Maßnahmen ergriffen werden, die eine Versorgung mit gesunden Lebensmitteln und deren Verarbeitung sicherstellen. Wir wollen die Erreichbarkeit des ärztlichen Bereitschaftsdienstes über die Nr. 116 117 verbessern und diese weiterhin regelmäßig bewerben. Wartezeiten sind abzubauen. Die Qualität der dort erhältlichen Auskünfte sollte optimiert werden

**Ä12** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 03.01.2021

## Text

### Von Zeile 18 bis 24:

Menschen in den Blick genommen werden. Gute Sozialpolitik unterbreitet im Sinne der Sozialplanung für diese Lebensphasen vorausschauend Angebote, **abgestimmt** entwickelt gemeinsam mit den Bürger\*innen, mit den Kommunen und mit den Trägern gesellschaftlichen Lebens, den Sozialverbänden, Vereinen, Interessensgruppen und der Wirtschaft. Angebote zur Hilfe und Unterstützung müssen aus der Zivilgesellschaft heraus wachsen. Der Staat soll die Verantwortung für soziale Leistungen tragen aber nicht Träger der Aufgaben sein. Hier folgen wir ganz klar dem bereits im SGB VIII verankerten Subsidiaritätsprinzip, dass den Vorrang des „kleinen Systems“ vor das „größere System“ stellt. Damit wird Pluralität in der Aufgabenwahrnehmung überhaupt erst möglich und Demokratie erlebbar. Menschen werden angeregt, ihre Geschicke vor Ort selbst in die Hand zu nehmen. Dazu passt auch unser Verständnis von sozialraumorientierter Politik. Umso wichtiger ist es für uns, dass Sozialpolitik endlich sozialraumorientiert wird. Die Menschen vor Ort in den

**Ä13** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 03.01.2021

## Text

### **Von Zeile 268 bis 271:**

setzen uns zudem für die Einführung eines verbindlichen Personalschlüssels in der Alten- und Krankenpflege ein und wollen ~~endlich einen Branchentarifvertrag für die~~ Tarifbindung in der Pflege ~~auf den Weg bringen~~ stärken. Für eine bessere Personalgewinnung stärken wir den Pflegepakt Thüringen und nutzen dieses Gremium besser als bisher.

**Ä14** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LAG Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 03.01.2021

## Text

### **Von Zeile 282 bis 284:**

hinausgehende Kosten müssen die Pflegebedürftigen oder deren Angehörige selbst aufkommen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann die **Einführung** Wiedereinführung der Investitionskostenzuschüsse in Form eines Thüringer Pflegewohngeldes sein. Pflegewohngeld ist ein bewohnerorientierter Zuschuss zur

**Ä1** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Was unser Leben reicher macht: Kultur, Medien und Sport)

Antragsteller\*in: LAG Christ\*innen

Beschlussdatum: 22.10.2020

## Text

### Von Zeile 15 bis 20:

Wir wollen die Kultur in den Kommunen zukunftsfest machen. Bibliotheken, Theater und Orchester, Musikschulen, Jugendkunstschulen, sakrale Gebäude, Schlösser und Burgen, Museen und Galerien - das sind nicht nur Gebäude. Es sind wichtige Orte und Räume, um Bildung zu fördern, Identität zu stärken, Gesellschaft zusammenzuhalten und die Regionen lebenswert zu erhalten. ~~Wir wollen die Kultur in den Kommunen zukunftsfest machen. Bibliotheken, Jugendkunstschulen, Museen, Galerien oder Musikschulen, das ist nicht einfach nur Zubehör. Sie sind wichtige Faktoren, um Bildung zu fördern, Identität zu stärken, Gesellschaft zusammenzuhalten und die Regionen lebenswert zu erhalten.~~ Zurzeit sind kulturelle Leistungen der Kommunen als freiwillige Leistungen nicht

### Von Zeile 72 bis 74 löschen:

Die Vielfalt der Kultur- und Bildungseinrichtungen landauf, landab —~~Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Jugendkunstschulen, Theater und Orchester~~— sind ein Reichtum, den es unbedingt zu bewahren gilt. Wir BÜNDNISGRÜNE machen uns dafür

## Begründung

Wir möchten die Liste an Beispielen für Orte der kulturellen Begegnung ergänzen, um ein umfassenderes Bild, auch für den ländlichen Raum und für verschiedene Wähler\*innengruppen, zu zeichnen - auf die Doppelung der Aufzählung im zusammenfassenden Satz kann unserer Ansicht nach verzichtet werden.



**Ä2** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Was unser Leben reicher macht: Kultur, Medien und Sport)

Antragsteller\*in: Andreas Hornung (Wartburgkreis/Stadt Eisenach RV)

## Text

### Von Zeile 16 bis 27:

Wir wollen die **Kultur in den Kommunen zukunftsfest machen. Bibliotheken, Jugendkunstschulen, Museen, Galerien oder Theater und Orchester, Musikschulen, Jugendkunstschulen und andere außerschulische Bildungseinrichtungen, sowie auch sakrale Gebäude, Schlösser und Burgen, Museen und Galerien - das ist/sind nicht einfach nur Zubehör Gebäude. Sie/Es sind wichtige Faktoren/Orte und Räume, um Bildung zu fördern, Identität zu stärken, Gesellschaft zusammenzuhalten und die Regionen lebenswert zu erhalten.**

[Zeilenumbruch]

Zurzeit sind kulturelle Leistungen der Kommunen als freiwillige Leistungen nicht vor gravierenden Kürzungen geschützt. **Wir BÜNDNISGRÜNE** Wichtige außerschulische Bildungseinrichtungen wie z.B. viele "Stationen Junger Techniker und Naturforscher" sind solchen Kürzungen bereits zum Opfer gefallen - mit katastrophalen Auswirkungen auf kulturelle Bereiche wie der traditionellen Modellbau- und Modellsportszene mit ihrer sensiblen, weil noch sehr jungen Vereinslandschaft, die nach den Umwälzungen der 1990er Jahre kaum eine Chance hatte sich nachhaltig zu entwickeln. Der Zustand der handwerklichen sowie technischen Bildung, und deren Folgen Handwerkerangel und eine allgemeine handwerkliche Verarmung zeugen davon. Auch um diesen jahrzehntelangen Fehlentwicklungen wirkungsvoll zu begegnen, wollen wir BÜNDNISGRÜNE ein Thüringer Kulturfördergesetz, nicht nur um zu vermeiden, dass Kulturangebote nicht immer wieder grundlegend zur Diskussion stehen, sondern um die Wiederbelebung und Etablierung verloren gegangener kultureller Bildungsquellen auf kommunaler Ebene maßgeblich zu stellen/fördern. Dies benötigt eine intensive Debatte mit und zwischen den betreffenden Kulturschaffenden, die wir führen wollen und werden. Dort wo es Menschen gibt, die sich intensiv für die Neubelebung solcher Traditionen bemühen, müssen die Gelder zur Verfügung stehen, um dies zu ermöglichen. Entsprechend langfristig angelegte Landesprogramme, ohne viel Bürokratie, sind aufzulegen. Wir wollen die **Breitenkultur, Soziokultur, Freie Szene** und die **kulturelle Bildung** **[Leerzeichen]** **[Leerzeichen]** stärken. Dabei dürfen die strukturell geförderten großen Kulturinstitutionen nicht gegen die projektbezogene Kulturszene ausgespielt

## Begründung

Bereits der Ursprungstext setzt an einem sehr wichtigen Punkt an, dessen Bedeutung mein Antragstext anhand eines konkreten Beispiels belegt. Die im bisherigen Wahlprogramm bereits getroffene Feststellung, dass kulturelle Angebote immer wieder in Frage stehen entspricht meiner persönlichen Erfahrung. Seit Jahren bemühe ich mich auf verschiedene Weise darum einen solchen Fehler in meiner Heimatstadt zu beheben, und seine Folgen im Rahmen meiner persönlichen Möglichkeiten zu mildern. Ein ungeheurerlicher Vorgang hat mich im vergangenen Jahr der letzten Möglichkeit dies praktisch zu tun beraubt - Grund sind genau das im Wahlprogramm benannte Defizit bzgl. der Kulturförderung, und andere Defizite im Bildungswesen wie der mangelnde Wille beim kommunalen Bildungsträger. Mit diesem Antrag erweitere ich den sehr guten Änderungsantrag der LAG Christinnen um die aus meiner Sicht erforderlichen Punkte. Der Umfang ist meines Erachtens erforderlich, um die Tragweite anschaulich zu machen und auch das konkrete Ziel klar zu benennen. Schließlich geht es am Ende darum, schnellstmöglich Lösungen zur Rettung existenzbedrohter kultureller Bereiche bereitzustellen. Auf Grund der unmittelbaren

Existenzbedrohung eines konkreten Kulturbereichs besteht dringender Handlungsbedarf, wie das Beispiel hier vor Ort anschaulich darlegt.

**Ä3** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Was unser Leben reicher macht: Kultur, Medien und Sport)

Antragsteller\*in: LAG Ländlicher Raum

Beschlussdatum: 02.01.2021

## Text

### **Von Zeile 23 bis 26 einfügen:**

Diskussion zu stellen. Dies benötigt eine intensive Debatte zwischen den Kulturschaffenden, die wir führen wollen und werden.

Dabei messer wir der Stärkung des Ehrenamtes eine große Bedeutung bei. Dazu gehört es auch, Bürokratie abzubauen. Wenn Vereine Immobilien im ländlichen Raum nurten und instand halten, müssen ihre Steuerfreibeträge höher liegen um Gewinne und somit Investitionen an den Gebäuden zu ermöglichen. Ehrenamtszentren, die auf eine Vernetzung der Ehrenamtlichen und auf die Übernahme von administrativen Aufgaben (z.B. Angebot vo Fortbildungen) abzielen, gilt es, verstärkt zu fördern und auch mit finanziellen Mitteln zu untersetzen. Wir wollen die **Brauchtumskultur, Breitenkultur, Soziokultur, Freie Szene** und die kulturelle Bildung stärken. Dabei dürfen die strukturell geförderten großen

## Ä1 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Präambel)

Antragsteller\*in: LAG Christ\*innen

Beschlussdatum: 22.10.2020

### Text

#### Von Zeile 12 bis 22:

Lesben, Schwule oder inter- und trans-Menschen, gefährden den gesellschaftlichen Frieden. Dem stellen wir BÜNDNISGRÜNE uns entschlossen entgegen. ~~Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Meinungsvielfalt gelebt und geschützt wird.~~ Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Meinungsvielfalt und Religionsfreiheit geschützt und gelebt werden. Auf dem Weg dorthin bleibt noch viel zu tun. Wir machen uns dafür stark, dass Frauen gerecht bezahlt werden und gleiche Chancen beim beruflichen Aufstieg haben. Niemand soll im Alltag Diskriminierung, sexuelle Nötigung oder Gewalt erleben müssen. Schwule und lesbische Paare sollen frei und ohne Angst ihre Liebe öffentlich zeigen können. Herkunft, Hautfarbe oder Name dürfen nicht darüber entscheiden, ob Menschen Mietverträge bekommen oder nicht. ~~Auf dem Weg dorthin bleibt noch viel zu tun. Frauen werden noch immer schlechter bezahlt, haben weniger Chancen beim beruflichen Aufstieg und erleben im Alltag viel zu oft sexuelle Nötigung und Gewalt. Schwule Paare erfahren auf der Straße Ablehnung und Ausgrenzung, wenn sie ihre Liebe zeigen. Menschen finden schwerer eine Wohnung, wenn ihr Name nicht als Deutsch wahrgenommen wird. Häufig ist diskriminierendes Verhalten Unkenntnis oder Ängsten geschuldet, oft ist es aber auch Folge bewusster Ausgrenzung und ein Verstoß gegen die Würde der Menschen.~~ Wir wollen daher den Schutz vor Diskriminierung in unserem Land weiter stärken

### Begründung

Wir beantragen, dass auch Religionsfreiheit als positiver Wert unserer Gesellschaft in die Formulierung aufgenommen wird. "Das ist der wichtigste Gedanke der **Religionsfreiheit**: Über seine Religion entscheidet jeder selbst. Weder der Staat noch andere Menschen dürfen dabei Druck oder Zwang ausüben. Und auch wenn jemand gar keine Religion hat, ist das möglich." [<https://www.hanisauland.de/node/2342>, 1.1.2021] Außerdem schlagen wir für die folgenden Sätze ebenfalls positive Formulierungen der Veränderungen vor, die wir uns für die Gesellschaft wünschen, statt die jetzigen Probleme zu betonen.

## Ä2 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Präambel)

Antragsteller\*in: LAG Christ\*innen  
Beschlussdatum: 22.10.2020

### Text

#### Von Zeile 26 bis 32:

Rechtspopulist\*innen und Rechtsextremist\*innen sind Feinde des Rechtsstaates und einer offenen, vielfältigen Gesellschaft. ~~Rechtspopulist\*innen und Rechtsextremist\*innen sind Feinde des Rechtsstaates und einer offenen, vielfältigen Gesellschaft. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen konsequent an der Seite derer, die sich Neonazis, Rechtsextremist\*innen und anderen Feinden der Demokratie entgegenstellen. Weil es unser Land ist, unsere Freiheit, unsere Demokratie, die wir verteidigen. Weil wir hier leben und unsere Zukunft gestalten wollen. Wir BÜNDNISGRÜNE verstehen uns als Teil der zivilgesellschaftlichen Bündnisse mit Gewerkschaften, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Vereinen und Verbänden, Jugendorganisationen und vielen anderen, die sich für Gemeinwohl, Demokratie und ein respektvolles Miteinander einsetzen und sich Neonazis, Rechtsextremist\*innen und anderen Feinden der Demokratie entgegenstellen. Weil es unser Land ist, unsere Freiheit, unsere Demokratie, die wir verteidigen. Weil wir hier leben und unsere Zukunft gestalten wollen.~~

### Begründung

Wir finden es wichtig, um die verschiedenen Wählergruppen anzusprechen, im Wahlprogramm die positive Rolle der verschiedenen Akteure, auch der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt explizit zu benennen.

## **Ä3** Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Präambel)

Antragsteller\*in: Schreibgruppe LAG Ländlicher Raum

Beschlussdatum: 30.12.2020

### Text

#### **Von Zeile 2 bis 4:**

sich verändert und diese Veränderung hat gutgetan. Am Arbeitsplatz, im Einkaufszentrum oder ~~Sportverein~~Verein begegnen sich Menschen mit unterschiedlichen Wünschen und Vorstellungen vom Leben, mit unterschiedlicher Erfahrung, Herkunft,

#### **Von Zeile 13 bis 14 einfügen:**

Frieden. Dem stellen wir BÜNDNISGRÜNE uns entschlossen entgegen. Wir stehen für eine friedliche Gesellschaft, in der Meinungsvielfalt gelebt und geschützt wird.

### Begründung

Redaktionelle Änderung, bitte prüfen + zusätzlich Stand Antirassimusklausel beachten

**Ä1** Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Das menschliche Thüringen gestalten: Migration und Zusammenleben)

Antragsteller\*in: LAG Christ\*innen  
Beschlussdatum: 22.10.2020

## Text

### Von Zeile 80 bis 84:

bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende aufzunehmen, wollen wir dabei unterstützen. ~~Das Landesaufnahmeprogramm werden wir erhalten und erweitern. Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen ein Landesaufnahmeprogramm für 500 besonders schutzbedürftige Geflüchtete, vor allem Frauen und Kinder, schaffen.~~ Das Kirchenasyl ist ein Akt der Humanität in meist besonders gelagerten Einzelfällen. Die Bedingungen dieses für die Betroffenen oft letzten Rettungsankers zu verschärfen ist grundfalsch. Wir würdigen das Engagement der Kirchgemeinden und unterstützen die Schaffung derartiger Schutzräume. Das Landesaufnahmeprogramm werden wir erhalten und erweitern. Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen ein Landesaufnahmeprogramm für 500 besonders schutzbedürftige Geflüchtete, vor allem Frauen und Kinder, schaffen.

## Begründung

Auch in Bezug auf das Kirchenasyl gilt es wie bei der Seenotrettung, einer Kriminalisierung von Helfer\*innen gegenzusteuern und die nötige Hilfe im Einzelfall nicht durch zu stark einengende gesetzliche Regelungen zu verunmöglichen.

**Ä2** Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Das menschliche Thüringen gestalten: Migration und Zusammenleben)

Antragsteller\*in: LAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 17.12.2020

## Text

### **Von Zeile 122 bis 123 einfügen:**

Arbeitserlaubnis erhalten. Die Aufnahme von Arbeitskräften darf sich nicht nur nach wirtschaftlichen oder arbeitsmarktpolitischen Interessen richten.

Online-Kurse können Menschen anderer Herkunft auf skalierbare Art und Weise helfen, die deutsche Sprache zu lernen und sich schneller in Land und Kultur zu Recht zu finden.

Außerdem wollen wir durch die Online-Vermittlung von Dolmetschern bis hin zur vollautomatischen Übersetzung den Zugang zu Behörden, Arztbesuchen, usw. erleichtern. Weiterhin sehen wir das Potential, Amtsdeutsch digital unterstützt in einfachere Sprache zu übertragen.

## Begründung

Die Sprachbarriere ist ein großes Problem. Deutschkurse haben oft mit unterschiedlichen Ausgangsniveaus und Lerngeschwindigkeiten zu kämpfen. Außerdem sind Dozent:innen mitunter knapp. In Corona-Zeiten sind auch Präsenzkurse schwierig. Für alle diese Probleme würden digitale Kurse zur Unterstützung helfen (aufgezeichnete Videos, per Software ausgewertete Tests,...). Auch automatische Übersetzungen sind in den letzten Jahren erheblich besser geworden (und werden es noch).



**Ä3** Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Das menschliche Thüringen gestalten: Migration und Zusammenleben)

Antragsteller\*in: Schreibgruppe LAG Ländlicher Raum  
Beschlussdatum: 30.12.2020

## Text

### **Von Zeile 38 bis 39 einfügen:**

Migrant\*innen, Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge und vieles mehr. Für ein friedliches Zusammenleben brauchen wir ein interkulturellen Mainstreamingansatz, damit alle Angebote für alle Mitbürger\*innen offen sind und Benachteiligungen abgebaut werden können.

### **Von Zeile 54 bis 56 einfügen:**

solide Finanzierung des Thüringer Integrationskonzepts unter Mitwirkung einer gestärkten Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge. Darüber hinaus ist es für eine gelingende Integration und erfolgreiche Arbeit unabdingbar, dass besonders auch Fachpersonal mit Migrationshintergrund in Schlüsselpositionen etabliert wird. Mit einem echten Integrationsgesetz wollen wir den Rahmen schaffen, in dem sich die

**Ä4** Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Das menschliche Thüringen gestalten: Migration und Zusammenleben)

Antragsteller\*in: LAG Frieden und Internationales  
Beschlussdatum: 01.01.2021

## Text

### Von Zeile 0 bis 1 einfügen:

Allgemeines

### Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

Schauen wir nicht weg: Flucht und Verfolgung sind leider an vielen Orten auf der Welt schreckliche Realität. Etwa 80 Millionen Menschen waren Ende 2019 weltweit auf der Flucht. Die wenigsten davon erreichen überhaupt Europa. Auf diejenigen die es hierher schaffen, warten viel zu oft überforderte Staaten in Süd- und Osteuropa und in dessen Folge überfüllte, katastrophale Lager wie auf den griechischen Inseln, die kaum zu ertragen sind.

### Von Zeile 16 bis 158:

Kopf. Dazu gehört auch das Recht auf Bildung für alle von Anfang an. Sprache ist schließlich der Schlüssel zur Teilhabe und gelingenden Integration.

Die faire und rechtsstaatliche Prüfung des Anspruchs auf Schutz und Asyl ist elementar, weitere Verschärfungen des Asylrechts sind es nicht. Wir lehnen das Konstrukt sicherer Herkunftsstaaten aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Abschiebungen in Krisenregionen müssen verboten werden. Das individuelle Grundrecht auf Asyl darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Bereits erfolgte Asylrechtsverschärfungen erhöhen die Unsicherheit und den Beratungsbedarf. Daher werden wir die individuelle und behördenunabhängige Asylverfahrensberatung im ganzen Land gewährleisten.

Ergänzend wollen wir unabhängige und ehrenamtliche Unterstützungsnetzwerke fördern und für besonders schutzbedürftige Geflüchtete (Opfer von Menschenhandel, LSBTTIQ\*, Traumatisierte, Behinderung, allein reisende Frauen, umF/ Kinder etc.) spezialisierte Beratungs- und Unterstützungsangebote etablieren.

Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz auf Bundesebene wollen wir weiterhin abschaffen.[Zeilenumbruch]

~~Asyl- und Integrationspolitik Die schnelle, faire und rechtsstaatliche Prüfung des Anspruchs auf Schutz und Asyl ist elementar, weitere Verschärfungen des Asylrechts sind es nicht. Wir lehnen das Konstrukt sicherer Herkunftsstaaten aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Das individuelle Grundrecht auf Asyl darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Bereits erfolgte Asylrechtsverschärfungen erhöhen die Unsicherheit und den Beratungsbedarf. Daher werden wir die individuelle und unabhängige Asylverfahrensberatung im ganzen Land gewährleisten. Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz auf Bundesebene wollen wir weiterhin abschaffen. Schon heute gelingt die Integration der zu uns Eingewanderten und Geflüchteten. Wir haben alle Bereiche von der Ankunft bis zur Integration federführend in einem Ministerium gebündelt, das die Zuständigkeit für Migration nicht nur im Namen trägt. Wir haben die wenigen bundesrechtlichen Spielräume für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik genutzt und als erste asylpolitische Maßnahme einen Winterabschiebestopp erlassen, für den wir uns auch zukünftig einsetzen werden. Zusammen mit vielen Menschen überall in Thüringen wurde ein **Integrationskonzept** entwickelt, dessen Ziele und Maßnahmen Integration für die kommenden Jahre gestalten und in das wir~~

weiter investieren werden: Verbesserung des Spracherwerbs als Schlüssel zur Integration, Nachholen von schulischer Bildung und Arbeitsmarktintegration von erwachsenen Migrant\*innen, Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge und vieles mehr. Wir haben die medizinische Versorgung durch die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und einen erweiterten Leistungskatalog bereits deutlich verbessert. Die psychosoziale und therapeutische Versorgung werden wir weiter stärken und die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere durch den anonymen Krankenschein sicherstellen. Mit den Sprachförderprogrammen „Start Deutsch“ und „Start Bildung“ haben wir Förderlücken geschlossen und die Sozialbetreuung in den Unterkünften schrittweise verbessert. Die Unterstützung des Ehrenamtes bleibt wichtig, daher haben wir die landesweite professionelle Ehrenamtskoordination und die Förderung der Integrationsarbeit massiv ausgebaut. Diese Integrationsarbeit war und ist undenkbar ohne die Hilfe unzähliger Menschen, die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich engagieren. Ihnen gebührt unser Dank. Die erreichten Erfolge in der Integrationspolitik wollen wir fortsetzen, es bleibt noch eine Menge zu tun. Basis dafür ist die dauerhafte Umsetzung und solide Finanzierung des Thüringer Integrationskonzepts unter Mitwirkung einer gestärkten Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge. Mit einem echten Integrationsgesetz wollen wir den Rahmen schaffen, in dem sich die verschiedenen Integrationsmaßnahmen und -programme bündeln lassen. Die unabhängige Netzwerk-, Qualifizierungs- und Beratungsarbeit des Thüringer Flüchtlingsrates e.V. werden wir weiter fördern. Angesichts von Kriegen, Klimakrise, Umweltzerstörung und Armut ist die **Bekämpfung von Fluchtursachen** eine immense Herausforderung für internationale Politik – eine Verantwortung, vor der wir uns nicht wegducken dürfen. Wir tragen durch unsere Art zu leben und zu wirtschaften eine Mitverantwortung für die durch die fortschreitende globale Erwärmung ausgelösten Dürren und die Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Menschen als Folgen einer falschen globalen Agrarpolitik. Fluchtursachen zu bekämpfen heißt internationale Konflikte diplomatisch zu lösen, fairen Welthandel und nachhaltige Entwicklung zu gestalten und die Klimakrise zu bekämpfen. Geflüchtete Menschen werden auch in Zukunft Schutz bei uns suchen. Abschottung ist also keine Option. Stattdessen gilt es, eine gemeinsame europäische Flucht- und Asylpolitik zu vereinbaren, die sichere und legale Fluchtwege eröffnet, Familiennachzug ermöglicht und eine solidarische Aufnahme und Verteilung in den europäischen Mitgliedsstaaten ermöglicht. Jahrelange Trennung der Geflüchteten von ihren Familien kann zu enormen Belastungen und Ängsten führen. Alle Menschen sollten unabhängig von ihrer Herkunft das Recht auf ein Zusammenleben mit ihrer Familie haben, auch in unserem Land. Europa darf nicht zur Festung, seine Außengrenze nicht zur Todeslinie werden. Aus diesem Grund unterstützen wir BÜNDNISGRÜNE auch die Seenotrettung auf dem Mittelmeer. Das Engagement ehrenamtlicher Retter\*innen darf nicht kriminalisiert werden. Kommunen, die bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende aufzunehmen, wollen wir dabei unterstützen. Das **Landesaufnahmeprogramm** werden wir erhalten und erweitern. Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen ein Landesaufnahmeprogramm für 500 besonders schutzbedürftige Geflüchtete, vor allem Frauen und Kinder, schaffen. Zu uns geflüchtete Menschen sollen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive möglichst schnell ein selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das beginnt bei **dezentralem Wohnraum** nach der Ankunft, der zügig zur Verfügung gestellt werden soll. Ankerzentren oder Abschiebezentren lehnen wir vehement ab. Stattdessen wollen wir die Erstaufnahme weiter modernisieren und das Flüchtlingsaufnahmegesetz so verändern, dass die dezentrale Unterbringung konsequent gefördert sowie die eigenständige Wohnsitznahme durch private Anmietungen ermöglicht wird. In Ballungszentren soll der soziale Wohnungsbau auch für Geflüchtete ausgebaut werden. Die Standards in den Unterkünften werden wir weiter verbessern. Unter den Geflüchteten befinden sich schließlich viele schutzbedürftige Menschen, vor allem Kinder und Jugendliche, traumatisierte Geflüchtete oder allein reisende Frauen. Bereits in der Erstaufnahme soll daher eine bedarfsgerechte Begleitung und Unterstützung erfolgen und in den Unterkünften konsequent Gewaltschutz und Privatsphäre gewährleistet werden. Damit Integration gut gelingen kann, brauchen Geflüchtete und neu zugewanderte Menschen von Anfang an Perspektiven, also lückenlose Zugänge zu Sprachkursen, guter Bildung und Schulabschlüssen, Ausbildung und Arbeit, zu guter Gesundheitsversorgung und dezentralem Wohnraum. Geflüchtete, die einen Ausbildungsplatz haben, sollen einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen und sich nach Abschluss eine dauerhafte

Beschäftigung suchen können. Die „3+2-Regelung“, die derzeit ein fünfjähriges Bleiberecht ermöglicht, verschafft **Ausbildungsbetrieben in Handwerk und Wirtschaft** mehr Planungssicherheit. Daher soll diese weiter ausgebaut werden. Menschen, die erfolgreich eine Ausbildung absolviert haben, sollen eine dauerhafte Bleibemöglichkeit bekommen. Arbeits- und Ausbildungsverbote halten wir allerdings für grundfalsch. Unser Ziel ist, dass diese Verbote vollständig aufgehoben werden. Wir werden verstärkt auf die Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen achten und den Zugang zu Beratungsmöglichkeiten für ausländische Arbeitnehmer\*innen erweitern. Zur Integration in den Arbeitsmarkt sollen die Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Qualifikationen verbessert und Weiterbildungsmöglichkeiten erleichtert werden. Fachkräfte, deren Ideen und Motivation unser Land braucht, sollen einfacher einen Arbeitsplatz bei uns suchen können. Wir streiten auf Bundesebene dafür, das Einwanderungsrecht zu liberalisieren und ein **modernes, menschenrechtsorientiertes Einwanderungsgesetz** zu verabschieden. Auch der Spurwechsel zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht muss klar geregelt werden, damit Asylbewerber\*innen bei entsprechender Qualifikation leichter eine Arbeitserlaubnis erhalten. Die Aufnahme von Arbeitskräften darf sich nicht nur nach wirtschaftlichen oder arbeitsmarktpolitischen Interessen richten. Am Ende gelungener Integration kann die deutsche Staatsbürger\*innenschaft stehen. Wir halten aber daran fest, dass auch doppelte Staatsbürger\*innenschaften möglich sind. Wir wollen die politische Beteiligung hier Lebender Ausländer\*innen steigern und dazu neue Wege beschreiten. Die Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds ist wesentlicher Teil der Teilhabe. Wir werden deshalb auch Nicht-EU-Bürger\*innen das aktive und passive kommunale Wahlrecht ermöglichen. Gesellschaft und Verwaltung sensibilisieren – Wir BÜNDNISGRÜNE wollen bei der Personalgewinnung für den öffentlichen Dienst diversity-orientierte Ansätze nutzen und so die Repräsentativität in der Beschäftigtenstruktur hinsichtlich unterschiedlicher Vielfaltsdimensionen wie beispielsweise bei **Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung** und in sozialen Einrichtungen verbessern. Dafür braucht es mehr Antirassismus- und Diversitätstrainings sowie Angebote an Schulungen für kultursensibles Verhalten in Behörden, Kitas, Schulen und Krankenhäusern, also an Orten, an denen Menschen häufig mit Zugewanderten und Geflüchteten arbeiten. Genauso ist für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft die Integrations- und Kulturarbeit der Migrant\*innenorganisationen unverzichtbar. Wir werden sie weiter fördern und dafür auch die professionelle Ehrenamtskoordination verstetigen. Auch das Netz der Migrations-Beratungsstellen (Migranetz) soll flächendeckend ausgebaut werden. In einem partizipativen Prozess wollen wir zusammen mit zivilgesellschaftlichen Institutionen einen Landesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung erarbeiten. Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung betreffen leider auch viele Geflüchtete. Daher haben wir ein Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt geschaffen, das wir weiterentwickeln wollen. Es sind jedoch nicht nur Geflüchtete, sondern viele Menschen insgesamt betroffen. Aus diesem Grund und zur Stärkung der Rechte von Betroffenen setzen wir uns grundlegend für die Aufnahme einer Klausel gegen Antisemitismus und Rassismus sowie gegen Homo- und Transphobie in die Landesverfassung ein. **Förderprogramme für prodemokratische, antifaschistische und antirassistische Bildungsarbeit** wollen wir stärken und auch die Antidiskriminierungsarbeit gesetzlich besser verankern. Ein flächendeckendes Beratungsnetz für von Diskriminierung Betroffene halten wir für unabdingbar, genauso wie wir uns konsequent gegen institutionelle Diskriminierung und Racial Profiling wenden. Integrationskonzept Die Integration und gesellschaftliche Teilhabe der zu uns Eingewanderten und Geflüchteten ist uns ein besonderes Anliegen. Dafür haben wir alle Bereiche von der Ankunft bis zur Integration federführend in einem Ministerium gebündelt, das die Zuständigkeit für Migration nicht nur im Namen trägt. Wir nutzen die wenigen bundesrechtlichen Spielräume für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik. Zusammen mit vielen Menschen überall in Thüringen haben wir ein **Integrationskonzept** entwickelt und umgesetzt, in dessen Ziele und Maßnahmen wir weiter investieren werden: Verbesserung des Spracherwerbs als Schlüssel zur Integration, Nachholen von schulischer Bildung und Arbeitsmarktintegration von erwachsenen Migrant\*innen, Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge und vieles mehr.

Mit einem neuen alle Integrations- und Migrationsaufgaben umfassenden Amtes für Migration wollen wir diesen Weg weitergehen, Verwaltungsstrukturen effizient bündeln und dabei Doppelzuständigkeiten abbauen.

Die medizinische Versorgung von Geflüchteten wurde durch die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und einen erweiterten Leistungskatalog in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Die psychosoziale und therapeutische Versorgung werden wir weiter stärken und die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere durch den anonymen Krankenschein weiter sicherstellen. Die Sars-Cov2-Pandemie hat zudem verdeutlicht, welche Risiken die Gemeinschaftsunterbringung mit sich bringt. Insbesondere Covid-19-Risikogruppen sollten daher unbedingt dezentral untergebracht sein.

Das Recht auf Bildung gilt auch für Zugewanderte. Damit Bildungsangebote in Anspruch genommen werden können, braucht es Bildungsberatung und Sprachförderung von Anfang an. Neben dem wichtigen Erwerb der deutschen Sprache trägt zum gelingenden Spracherwerb auch das Beherrschen der jeweiligen Herkunftssprache bei, das wir fördern wollen.

Mit den Landesprogrammen Start Deutsch\* und Start Bildung\* haben wir Förderlücken geschlossen und die Sozialbetreuung in den Unterkünften schrittweise verbessert. Die Vorbereitungsklassen an den Berufsschulen müssen allerdings besser mit Personal ausgestattet werden. Dazu gehört auch die Unterstützung mit Angeboten der Schulsozialarbeit für Geflüchtete.

Die Integrationsarbeit war und ist undenkbar ohne die Hilfe unzähliger Menschen, die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich engagieren. Ihnen gebührt unser Dank! Sie zu unterstützen bleibt wichtig. Daher verstetigen wir die professionelle Ehrenamtskoordinierung im Büro der Thüringer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge und setzen uns weiter für die verlässlichen Förderung der Integrationsarbeit ein, die wir bereits in den vergangenen Jahren deutlich ausbauen konnten

Die erreichten Erfolge in der Integrationspolitik wollen wir fortsetzen, es bleibt noch eine Menge zu tun. Basis dafür ist die dauerhafte Umsetzung und solide Finanzierung des Thüringer Integrationskonzepts unter Mitwirkung einer gestärkten Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge. Mit einem echten Integrations- und Teilhabegesetz wollen wir die Integrationsförderung bündeln und die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge gesetzlich verankern.

Die unabhängige Netzwerk-, Qualifizierungs- und Beratungsarbeit des Thüringer Flüchtlingsrates e.V. werden wir weiter fördern, ebenso wie wir unser Augenmerk auf stabile möglichst mehrjährige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen

Angesichts von Kriegen, Folgen des Klimakrise, Umweltzerstörung und Armut ist die **Bekämpfung von Fluchtursachen** eine immense Herausforderung für internationale Politik – eine Verantwortung, vor der wir uns nicht wegducken dürfen. Wir tragen durch unsere Art zu leben und zu wirtschaften eine Mitverantwortung für die durch die fortschreitende globale Erwärmung ausgelösten Dürren und die Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Menschen als Folgen einer falschen globalen Agrarpolitik. Fluchtursachen zu bekämpfen heißt internationale Konflikte diplomatisch zu lösen, fairen Welthandel und nachhaltige Entwicklung zu gestalten und die Klimakrise zu bekämpfen.

Geflüchtete Menschen werden auch in Zukunft Schutz bei uns suchen. Abschottung ist keine Lösung. Stattdessen gilt es, eine europäische Flucht und Asylpolitik zu vereinbaren, die sichere und legale Fluchtwege eröffnet, Familiennachzug ermöglicht und eine solidarische Aufnahme und Verteilung in den europäischen Mitgliedsstaaten ermöglicht. Deshalb hat auf unseren Antrag hin der Thüringer Landtag den Freistaat zum "Sicheren Hafen" erklärt. Aus diesem Grund unterstützen wir BÜNDNISGRÜNE auch die Seenotrettung auf dem Mittelmeer. Das Engagement ehrenamtlicher Retter\* innen darf nicht kriminalisiert oder unnötig erschwert werden. Kommunen, die bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende aufzunehmen, wollen wir dabei auch finanziell unterstützen. Auch wenn der Bund sich zunehmend quer stellt - wir werden weiterhin **für Landesaufnahme- und Relocationprogramme** werben und streiten, die

besonders schutzbedürftige Geflüchtete aus den katastrophalen Bedingungen an der europäischen Außengrenze oder anderen Drittstaaten herausholen. Jahrelange Trennung der Geflüchteten von ihren Familien kann zu enormen Belastungen und Ängsten führen. Alle Menschen sollten unabhängig von ihrer Herkunft das Recht auf ein Zusammenleben mit ihrer Familie haben, auch in unserem Land. Europa darf nicht zur Festung, seine Außengrenze nicht zur Todeslinie werden.

Zu uns geflüchtete Menschen sollen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive möglichst schnell ein selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das beginnt bei **dezentralem Wohnraum** nach der Ankunft, der zügig zur Verfügung gestellt werden soll.

Insbesondere werden wir die Verfahren und Strukturen der Erstaufnahme weiter verbessern und modernisieren, die Beratungs- und Schutzbedarfe der Geflüchteten beachten, die bedarfsgerechte individuelle Gesundheitsversorgung sicherstellen und die Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme so kurz wie möglich gestalten. Anker- oder Abschiebezentren wird es mit uns nicht geben. Das Recht der Menschen auf Privatsphäre gilt selbstverständlich auch in der Erstaufnahmeeinrichtung.

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz werden wir so verändern, dass die dezentrale Unterbringung in Wohnungen konsequent gefördert sowie die eigenständige Wohnsitznahme durch private Anmietungen ermöglicht wird. In Ballungszentren soll der soziale Wohnungsbau auch für Geflüchtete ausgebaut werden. Zudem braucht es mehr barrierefreie Unterkünfte in den Kommunen.

Die Standards in den Unterkünften werden wir weiter verbessern. Unter den Geflüchteten befinden sich schließlich viele schutzbedürftige Menschen, vor allem Kinder und Jugendliche, traumatisierte Geflüchtete oder allein reisende Frauen. Bereits in der Erstaufnahme soll daher eine bedarfsgerechte Begleitung und Unterstützung erfolgen und in den Unterkünften konsequent Gewaltschutz und Privatsphäre gewährleistet werden.

Alle Geflüchtete, die einen Ausbildungsplatz haben, sollen einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen und sich nach Abschluss eine dauerhafte Beschäftigung suchen können. Die "3+2-Regelung", die derzeit einen fünfjährigen Abschiebeschutz für Geflüchtete aus nicht-sicheren Herkunftsländern ermöglicht, verschafft **Ausbildungsbetrieben in Handwerk und Wirtschaft** mehr Planungssicherheit. Diese Regelung soll weiter ausgebaut werden und unabhängig von den Herkunftsländern gelten. Menschen, die erfolgreich eine Ausbildung absolviert haben, sollen ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen. Arbeits- und Ausbildungsverbote halten wir allerdings für grundfalsch. Unser Ziel ist, dass diese Verbote vollständig aufgehoben werden. Wir werden verstärkt auf die Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen achten und den Zugang zu Beratungsmöglichkeiten für ausländische Arbeitnehmer\*innen erweitern. Zur Integration in den Arbeitsmarkt sollen die Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Qualifikationen verbessert und Weiterbildungsmöglichkeiten erleichtert werden.

### Einwanderungsgesetz

Dass Deutschland während der Pandemie am Laufen blieb, ist insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund zu verdanken. Viele Zugewanderte arbeiten in systemrelevanten Berufen, in der Landwirtschaft, der Lebensmittelbranche oder in Krankenhäusern, Arztpraxen und Laboren. Wir brauchen Fachkräfte, deren Ideen und Motivation. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Zugewanderte einfacher einen Arbeitsplatz bei uns suchen können.

Deshalb fordern wir seit Jahren ein modernes Einwanderungsgesetz. Mit der Einführung einer Talentkarte auf der Grundlage eines Kriterien basierten Punktesystems kann flexibel auf die Bedarfe des Arbeitsmarktes reagiert werden. Gleichzeitig bietet sie Einwanderungswilligen ein transparentes und faires Verfahren. Eine Einwanderungskommission in diesem System soll jährlich den Arbeitskräftebedarf neu abschätzen und steuern, Mangelberufe frühzeitig erkennen und gleichzeitig auch die Problematik des sogenannten Braindrain aus den Herkunftsstaaten berücksichtigen. Auch der Spurwechsel zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht muss klar geregelt werden, damit Asylbewerber\*innen bei entsprechender Qualifikation leichter eine Arbeitserlaubnis erhalten. Die Aufnahme von Arbeitskräften darf sich nämlich nicht nur nach wirtschaftlichen oder arbeitsmarktpolitischen Interessen richten.

Am Ende gelungener Integration kann die deutsche Staatsbürger\*innenschaft stehen. Wir halten daran fest, dass auch doppelte Staatsbürger\*innenschaften möglich sind. Wer durch Geburt zwei Staatsangehörigkeiten hat, soll nicht künstlich gezwungen werden, eine von beiden aufzugeben. Wir wollen die politische Beteiligung hier lebender Ausländer\*innen steigern und dazu neue Wege beschreiten. Die Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds ist wesentlicher Teil der Teilhabe. Wir werden deshalb auch Nicht-EU-Bürger\*innen das aktive und passive kommunale Wahlrecht ermöglichen. Und wir unterstützen die Einrichtung weiterer kommunaler Integrationsbeiräte und ihre Einbindung in politische Entscheidungsprozesse. Zusammenleben Wir BÜNDNISGRÜNE wollen bei der Personalgewinnung für den öffentlichen Dienst diversity-orientierte Ansätze nutzen und so die Repräsentativität in der Beschäftigtenstruktur hinsichtlich unterschiedlicher Vielfaltsdimensionen wie beispielsweise bei **Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung** und in sozialen Einrichtungen verbessern. Dafür braucht es mehr Antirassismus- und Diversitätstrainings sowie Angebote von Schulungen für kultursensibles Verhalten in Behörden, Kitas, Schulen und Krankenhäusern, also an Orten, an denen Menschen häufig mit Zugewanderten und Geflüchteten arbeiten. Genauso ist für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft die Integrations- und Kulturarbeit der Migrant\*innenorganisationen unverzichtbar. Wir werden sie weiter fördern und dafür auch die professionelle Ehrenamtskoordination verstetigen. Auch das Netz der Migrations-Beratungsstellen (Migranetz) soll flächendeckend ausgebaut werden. In einem partizipativen Prozess wollen wir zusammen mit zivilgesellschaftlichen Institutionen einen Landesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung erarbeiten.

Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung betreffen leider auch viele Geflüchtete. Daher haben wir ein Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt geschaffen, das wir weiterentwickeln wollen. Es sind jedoch nicht nur Geflüchtete, sondern viele Menschen insgesamt betroffen. Aus diesem Grund und zur Stärkung der Rechte von Betroffenen setzen wir uns grundlegend für die Aufnahme einer Klausel gegen Antisemitismus und Rassismus sowie gegen Homo- und Transphobie in die Landesverfassung ein. **Förderprogramme für prodemokratische, antifaschistische und antirassistische Bildungsarbeit** wollen wir stärken und auch die Antidiskriminierungsarbeit gesetzlich besser verankern. Ein flächendeckendes Beratungsnetz für von Diskriminierung Betroffene halten wir für unabdingbar, genauso wie wir uns konsequent gegen institutionelle Diskriminierung und Racial Profiling wenden.

**Ä5** Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Das menschliche Thüringen gestalten: Migration und Zusammenleben)

Antragsteller\*in: LAG Innen  
Beschlussdatum: 07.01.2021

Text

**Von Zeile 134 bis 136 einfügen:**

Beschäftigtenstruktur hinsichtlich unterschiedlicher Vielfaltdimensionen wie beispielsweise bei **Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund oder körperlichen und geistige Einschränkungen in der öffentlichen Verwaltung** und in sozialen Einrichtungen verbessern. Dafür braucht